

# Metallarbeiter-Zeitung

WOCHENBLATT DES DEUTSCHEN METALLARBEITER-VERBANDES

Bezugspreis: Monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.  
Postcheckkonto der Hauptkassa des D. M. V., Berlin Nr. 138 262  
Postcheckkonto der Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes,  
Berlin Nr. 121 218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer  
Schriftleitung u. Versandstelle: Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 148  
Fernsprecher: Dönhoff 6750-53

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt  
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

## Der Berliner Streik ist zu Ende

### Ein neuer Schiedsspruch steht bevor

Am 31. Oktober sind die Berliner Metallarbeiter wieder in die Betriebe zurückgekehrt, abgesehen von einem verhältnismäßig kleinen Teil, der es aus technischen Gründen noch nicht tun konnte. Das Straßenbild vor den bestreikten Werken wie das Bild an den Fabrikingängen lassen, wie ein Augenschein zeigte, keinen Zweifel darüber, daß die Wiederaufnahme der Arbeit ruhig und einheitlich erfolgt ist. Der Wiederaufnahme ging eine Abstimmung der Ausständigen voraus, an der sich 73 278 beteiligten. Davon stimmten 40 431 für die Annahme der Vereinbarung (von der gleich die Rede sein wird) und 32 847 dagegen. Das erstere bedeutete Wiederaufnahme der Arbeit, das andre Fortsetzung des Streiks. Es ist also mit einfacher Mehrheit die Fortsetzung des Streiks abgelehnt worden. Nun haben sich allerdings an der Abstimmung fast 57 000 nicht beteiligt. Aber selbst wenn diese alle mitgestimmt und alle sich für die Fortsetzung des Kampfes ausgesprochen hätten, was natürlich undenkbar ist, wäre die dazu satzungsmäßig nötige Stimmenzahl nicht erreicht gewesen, weil nach dem Statut unseres Verbandes eine Dreiviertelmehrheit für den Streik notwendig ist. Der Grund dafür, daß ein so starker Teil der Ausständigen nicht an der Abstimmung teilgenommen hat, mag darin zu suchen sein, daß in ein paar Großbetrieben die Arbeit schon vor der Abstimmung aufgenommen worden war.

Die ganzen zwei Streikwochen waren mit langwierigen Verhandlungen ausgefüllt. Oft und oft hatten sie in eine Sackgasse geführt und drohten aufzufliegen. Um das zu verhüten, hat der Reichskanzler wiederholt eingegriffen. Der Regierung ist offensichtlich viel daran, irgendwie aus der trostlosen Lage herauszukommen, die sie selbst in hohem Maße mitverschuldet hat. Denn es war ja ihr Reichsarbeitsminister, der für jenen Schiedsspruch verantwortlich ist, der den Metallarbeitern 8 vH ihres sauer verdienten Lohnes abknöpfen wollte; und ihr Arbeitsminister war es, der durch diesen in jeder Hinsicht unberechtigten und unbegründbaren Anschlag auf die Lohntüte den Streik der 130 000 hervorgerufen hat.

Der Streik wurde vom Reichstage behandelt. Die sozialdemokratische Fraktion hatte, wie hier schon mitgeteilt, beantragt, den lohnklauenden Schiedsspruch nicht für verbindlich zu erklären. Dieser Antrag wurde vom Reichstage angenommen. Eine Regierung, deren Leben ohnehin an einem sehr dünnen parlamentarischen Faden hängt, konnte bei aller Zuneigung zu dem üblen Schiedsspruch nicht umhin, den Beschluß der Volksvertretung zu beachten. Es blieb ihr nichts anderes übrig, als ebenfalls einen Ausweg zu suchen. Dem rammelten sich die Metallindustriellen berserkermäßig entgegen: Sie hätten 15 vH Lohnabzug verlangt, nur die Hälfte sei ihnen von dem Schiedsspruch zugesprochen worden, nun mit noch weniger zufrieden zu sein, das sei ihnen platterdings unmöglich. Wenn sie nicht mindestens die 8 vH aus der Lohntüte der Arbeiter erhielten, kämen sie, die Industriellen, vollends an den Bettelstab, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie gehe ganz in die Binsen und mit der Preissenkung werde es bestimmt nichts. Darum müsse der Schiedsspruch für verbindlich erklärt werden, zumal er dem Sparprogramm der Regierung entspräche. Es war, wie man sieht, der nämliche Schmus, den die deutschen Unternehmer von jeher gegen jede Lohnaufbesserung und für jede Lohnverschlechterung vorbringen. Dieses Mal wirkte er besonders stark auf die Lachmuskeln, so daß selbst ein erheblicher Teil der bürgerlichen Presse Partei für die streikenden Arbeiter nahm.

Die Vertreter unseres Verbandes haben den Schmus der Industriellen immer und immer wieder zerstäubt; sie haben in einem fort darauf hingewiesen, daß kein halbwegs recht denkender Mensch von den Arbeitern ein Lohnopfer von 8 vH verlangen könne, solange nicht die Unternehmer in Sachen der Preissenkung wenigstens mal 1 vH geopfert hätten. Und als die Gewerkschaftsvertreter daran erinnerten, daß ein Beharren auf den Lohnabzug schwere soziale und politische Gefahren nach sich ziehen könnte, ließen die Unternehmervvertreter durchblicken, was lasse sie kalt, wahrscheinlich kämen sie dann eher zu ihrem wirtschaftlichen und politischen Ziel! Und fortlaufend wurde angedeutet, es sei ja nur ein erheblicher Teil der Streikenden nicht organisiert, der gleich wieder in die Betriebe drängen werde, wenn der letzte Zahltag aufgebraucht sei. Die Gewerkschaftsvertreter ließen sich nicht irremachen. Sie vertraten mit aller Zähigkeit ihren Standpunkt: keinen Pfennig Lohnabzug und Weitergeltung des alten Tarifs bis mindestens zum nächsten Januar, wo man an der Tatsächlichkeit nachzuprüfen vermöge, ob die laut verkündete Preissenkung auch wirklich eingetreten sei.

So standen sich denn die Parteien in tagelanger, zum Teil weit in die Nacht gehender Verhandlung schroff

gegenüber. Eine Verständigung auf der Linie der Ausständigen hatte keine Aussicht. Den Gewerkschaftsvertretern mußte viel daran liegen, daß der prächtig begonnene Kampf nicht abbröckelte. Hieran zu denken war um so notwendiger, als weit mehr als die Hälfte der Streikenden nicht organisiert und ohne gewerkschaftliche Unterstützung waren, ganz abgesehen davon, daß es 60 000 erwerbslose Berufskollegen am Orte gibt, denen jede wie immer beschaffene Verdienstmöglichkeit hochwillkommen sein muß.

Diese Erwägungen und Tatsachen bestimmten die Gewerkschaftsvertreter, am Abend des 28. Oktober folgender Vereinbarung zuzustimmen:

1. Die Arbeit wird sofort zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen. Maßregelungen finden nicht statt.
2. Die Entscheidung der im Schiedsspruch vom 10. Oktober behandelten Fragen erfolgt durch Schiedsspruch einer Schlichtungsstelle. Sie besteht aus drei Unparteiischen, die vom Reichsarbeitsminister nach Benehmen mit beiden Parteien ernannt werden.
3. Die Verhandlungen vor der Schlichtungsstelle sind möglichst bald zu beginnen. Die Entscheidung hat spätestens in der ersten Woche des November zu erfolgen und ist endgültig.

Der Schwerpunkt der Vereinbarung liegt, wie leicht zu erkennen ist, im letzten Satz. Er besagt, daß der neue Spruch schon in einer Woche gefällt werden muß und, vor allem, daß sich die Parteien, Arbeiter wie Unternehmer, dem Spruche im Vorhinein unterwerfen. Mithin wird viel, alles auf den Inhalt des Spruches oder, anders ausgedrückt, auf die wirtschaftliche Vernunft und die soziale Einsicht der drei Schlichter ankommen. Sich darüber in Rätselfragen zu ergehen, hat keinen Zweck. Immerhin kann man annehmen, daß die einmütige Erhebung der Berliner Metallarbeiter gegen den alten Schiedsspruch nicht ohne Wirkung auf die neuen Schlichter sein wird.

Daß die Gewerkschaftsvertreter nur mit äußerst schweren Bedenken dem letzten Satz der Vereinbarung zugestimmt haben, bedarf keines Beweises. Wenn sie es dennoch taten, so wurden sie dazu bestimmt von außer-

gewöhnlich widrigen, tagtäglich noch widriger werdenden Umständen, die stärker waren als aller Wille und Zähigkeit. Einige dieser Umstände sind oben schon angedeutet, die andern kann jeder einigermaßen gewerkschaftlich geschulte Mann leicht erraten, zumal wenn er weiß, wie toll die Streikenden von rechts und links verhetzt wurden und wie nahe die Gefahr war, daß der alte Lohnabzug von 8 vH trotz des heldenmütigen Kampfes auch ohne den Schiedsspruch Tatsache würde. Unter solchen Umständen war — leider — vorderhand nicht mehr zu erreichen. Dem haben sich auch mehr als 40 000 der ausständigen Kollegen nicht verschließen können, die für die Annahme der Vereinbarung stimmten.

Einer der denkwürdigsten Lohnkämpfe hat seinen Abschluß gefunden. Die ganze deutsche Arbeiterklasse hat für ihn mit gespannter Aufmerksamkeit, die große Öffentlichkeit hat lebhaft — für oder gegen ihn — Partei genommen. Dieser Lohnkampf war denkwürdig dadurch, daß er von nicht alltäglicher Beutegier des Unternehmertums hervorgerufen wurde, das ermunternde Unterstützung von einem ministeriell gestempelten Schlichter erhielt. Dann denkwürdig auch durch den einmütigen Widerstand einer hunderttausendköpfigen Arbeiterschaft, der Leidtragenden jener Beutegier und dieser Unterstützung. Und schließlich denkwürdig durch die Tatsache, daß er das lange vorbereitete Vorgefecht für einen Lohnraub in allen Gebieten und Gewerben des Reiches sein sollte.

Das Vorgefecht haben die Berliner Metallarbeiter siegreich überstanden. Sie haben den sauberen Plan, den schamlose Beutegier und ministerielle Dienstbefissenheit entwarfen, zunichte gemacht. Sie haben den Metallindustriellen und ihren amtlichen Helfershelfern einen Denkzettel versetzt, den beide samt ihresgleichen im ganzen Lande bestimmt nicht vergessen werden. Die Lohnräuber werden sich nun wohl ein wenig bescheiden müssen. Dieser Erfolg der Berliner Metallarbeiter darf nicht verkleinert werden. An ihm nimmt die ganze deutsche Arbeiterschaft teil. Er wäre sicherlich noch größer ausgefallen, wenn in Berlin viel mehr Metallarbeiter organisiert wären. Hierin muß unbedingt Wandel geschaffen werden. Je eher, desto besser. Im übrigen aber geht der Kampf gegen die Lohnräuber und Lohndrücker mit gleicher Entschlossenheit weiter!

## „Politischer oder „wirtschaftlicher“ Lohn?

Man muß es den Unternehmern und der von ihnen ausgehaltenen Presse lassen, sie verstehen es, durch immer neue Schlagworte und scheinbar sachliche Redewendungen die öffentliche Meinung für sich einzunehmen und sogar das Denken vieler Arbeiter selbst in Verwirrung zu bringen. In dem Abwehrkampf der Berliner Metallarbeiter spielt die Redensart vom „politischen“ oder „wirtschaftlichen“ Lohn eine große Rolle.

Der Herr Professor der politischen Ökonomie legt den Finger an die Nase und trägt vor: der Arbeitslohn ist eine rein wirtschaftliche Angelegenheit. Man mag ein warmes Herz für die Arbeiter haben, man mag ihnen die höchsten Löhne wünschen, man mag es bedauern, wenn die Löhne niedrig sind — das alles darf das praktische Verhalten bei Abmessung der Löhne nicht beeinflussen. Einzig und allein nach der Wirtschaftslage darf der Lohn bemessen werden. Denn „die Gesetze des Wirtschaftslebens“ lassen nicht mit sich spaßen. Wird der Arbeitslohn nach anderen Maßstäben bemessen, zum Beispiel wie heutzutage nach Maßgabe der politischen Macht, die die Arbeiterschaft besitzt, oder mit Rücksicht darauf, daß eine Regierung oder eine politische Partei das Wohlwollen der Arbeiter zu erwerben wünscht — dann wird die Wirtschaft geschädigt, und den Schaden haben zuletzt die Arbeiter selbst am allermeisten. Denn die Unternehmer, die solche nach politischen Rücksichten festgesetzten Löhne auf die Dauer nicht tragen können, schränken die Produktion ein, legen sie auch wohl ganz still, und die Arbeiter werden brotlos.

Kann man sachlicher, kann man vorurteilsloser sein? Und doch ist das ganze ein unverschämter Humbug, trotzdem man ruhig annehmen darf, daß diejenigen, die das Gewäsch vortragen, selbst daran glauben. Die Unwissenheit unserer bürgerlichen „Wissenschaft“ ist wirklich groß genug dazu.

Also nach den „Gesetzen der Wirtschaft“ soll der Arbeitslohn bemessen werden. Nach welchen „Gesetzen“ denn? Drückt man auf diesen Punkt, so bekommt man allenfalls zwei mehr oder minder gestammelte Antworten. Erstens das „Gesetz“ von Angebot und Nachfrage. Das heißt, je mehr Arbeitskräfte Be-

schäftigung suchen und je weniger gebraucht werden, desto kleiner muß der Lohn sein. Nun braucht man bloß daran zu denken, daß in Deutschland, in England, in Amerika, in Italien usw. schon seit Jahren das Angebot von Arbeitskräften um Millionen die Nachfrage überragt, so wird klar, daß diese Sorte „wirtschaftlicher“ Lohnbemessung eine schamlose Brutalität ist. Denn sie bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß der Arbeiter bei der gegebenen Wirtschaftslage eigentlich überhaupt umsonst arbeiten müßte und sogar den niedrigsten, den erbärmlichsten Lohn als ein Gnadengeschenk anzusehen hat, wofür er dankbar sein muß.

Dies gerade heraus zu sagen, wagen die Soldschreiber des Kapitals nun doch nicht, sondern verkriechen sich hinter ein zweites angebliches „Wirtschaftsgesetz“: der Lohn darf nicht höher sein, als er für den Unternehmer „tragbar“ ist.

Lassen wir nicht locker, fragen wir weiter, wieviel denn „tragbar“ sei, so kommt schließlich, einigermaßen verschnörkelt, heraus: es muß dem Unternehmer (und den Kapitalisten, die an ihm hängen, Banken, Grundbesitzer, Händler usw.) ein genügend großer Profit übrig bleiben.

Die weitere Frage, wie groß denn der Profit sein muß, um zu genügen, und ob er heutzutage so groß sei oder

### Aus dem Inhalt

	Seite
Der Berliner Streik ist zu Ende — „Politischer“ oder „wirtschaftlicher“ Lohn?	353
Der schwarze Tod — Behebung der Arbeitslosigkeit — Sozialisierung trotz alledem — Die Presse zum Metallkampf	354
Aus dem Reiche der Elektrizität — Vulkane als Dampfkessel	355
Der Tanz um den Kunden — Bürgerliche Modetorheiten	356
Was leistet die deutsche Invaliden-Versicherung	357
An die toten Bergleute — Neuregelung der Krisenunterstützung — Wer hat die Betriebsgefahr zu tragen?	358
Revision der Reparationsverpflichtung	359
Verbandstag der Bauarbeiter — Schriftenschau	360

# Sozialismus trotz alledem

Von Viktor Kalinowski

nicht, ist gerade im Verlauf des gegenwärtigen Berliner Streiks wiederholt erörtert worden. Wir lassen sie jetzt beiseite und begnügen uns mit der Feststellung: Das große, überragende Gesetz des Wirtschaftslebens, wonach sich alles, auch der Arbeitslohn, richten muß, heißt für den Unternehmer und seine Professoren und Zeitungsschreiber: Der Profit muß groß genug sein. „Wirtschaftlich“ ist der Lohn dann, wenn er hierauf Rücksicht nimmt. Mit anderen Worten, ein „wirtschaftlicher“ Lohn ist ein solcher, der nach den Bedürfnissen der Unternehmer und Kapitalisten bemessen wird. Wobei es ganz dahingestellt bleiben mag, ob wir deren Bedürfnisse als berechtigt anerkennen oder nicht.

Die Arbeiter aber sind eine solche nichtsnutzige Bande, daß sie den Lohn nach ihren eigenen Bedürfnissen bemessen wollen! Trotz Herrn Egon Bandmann finden sie, daß ein Wochenlohn, der in den allermeisten Fällen unter 40 Mark bleibt — noch dazu in Berlin, wo das Leben sehr teuer ist —, nicht ausreicht, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen, und jedenfalls keinerlei Verkürzung mehr verträgt. Ja, sie sind sogar dreist genug zu finden, daß die kapitalistische Wirtschaft, wenn sie wirklich nicht in der Lage ist, allen Arbeitern solche Löhne zu zahlen, wovon sie leben und sogar gut leben können — daß die kapitalistische Wirtschaft kein Recht mehr hat zu existieren, sondern schleunigst der sozialistischen Wirtschaft Platz machen muß.

Pfui, ruft da in einem Chor die bürgerliche Presse und „Wissenschaft“, pfui, sie werden politisch; ein politisch Lied, ein garstig Lied; sie berücksichtigen nicht die Gesetze der Wirtschaft! — Womit denn erwiesen ist: „Wirtschaftlich“ heißt der Lohn dann, wenn er sich nach den Wünschen der Unternehmer richtet; soll er sich nach dem Hunger der Arbeiter richten, dann ist es „politischer“ Lohn. Ibykus.

## Der schwarze Tod

Das Entsetzen über die furchtbare Katastrophe auf der Grube Anna II bei Alsdorf, die 263 Bergleute das Leben kostete, war noch nicht gewichen, als die Welt von einer neuen Hubschpost erschüttert wurde. Auf der Grube Maybach im Saargebiet hatte eine Explosion stattgefunden, die fast 100 Menschenleben vernichtet hat. Fast 370 Tote fielen mithin in einer einzigen Woche der schweren Arbeit in den Kohlengruben zum Opfer. Die ganze Welt hat an diesen erschütternden Vorkommnissen Anteil genommen. Spenden werden übermittelt, Sammlungen veranstaltet, um den Hinterbliebenen wenigstens in der ersten Zeit über die drückendste Sorge hinwegzuhelfen. Doch was nutzt alle Anteilnahme, was nutzen Geldspenden, wenn dadurch nur eine momentane Not beseitigt wird! Viel wichtiger ist es, daß alles darangesetzt wird, derartige Katastrophen unmöglich zu machen oder doch wenigstens einzuschränken. Deshalb muß die gesamte Arbeiterschaft mit allem Nachdruck die Forderungen der Bergarbeiter nach weiterem Ausbau des Bergarbeiterschutzes unterstützen.

Die Bergarbeiter haben Anspruch auf einen höheren Schutz als die Industriearbeiter im allgemeinen. Ihre schwierige Arbeit macht dies zur Bedingung. Nur bei großen Katastrophen erinnert man sich der Pflicht, den Knappen beizustehen. Dabei sind Unglücke auf den Bergwerken an der Tagesordnung. Der schwarze Tod lauert ununterbrochen in den Gruben. Tausende fallen jährlich in den Bergwerken ihrer schweren Berufsarbeit zum Opfer. Und dabei sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter miserabel. Der Berichterstatter der Vossischen Zeitung hat anlässlich des Grubenunglücks im Saargebiet folgende Feststellungen gemacht:

„Geradezu erschütternd ist der Eindruck, den die Leichen machen, die nicht nur die Spuren furchtbaren letzten Kampfes, sondern die jahrelangen Entbehrungen bei schwerster körperlicher Arbeit tragen, Spuren, die man auch an den Knappen wahrnehmen kann, die gestern im Laufe des Tages über den Grubenhof gingen oder am Gittertor standen, das sich am Sonnabend ihren Kameraden öffnete und durch das sie nicht wieder zurückkehren werden. Es ist keine Übertreibung, wenn man hier davon redet, daß die schwere, in tägliche Lebensgefahr führende Arbeit der Bergleute kaum das Dringendste zum nackten Leben abwirft. Mir haben Familienväter, die für eine fünf- und auch für eine achtköpfige Familie zu sorgen haben, ausgerechnet, daß sie nach Abzug aller Steuern, Abgaben, Transportkosten zur Arbeitsstelle am Monatsende knapp 500 bis 600 Frank, das sind 80 bis 100 Mark, heimbringen. Sie aber zahlen mit ihrer Kraft und, wie Alsdorf und Maybach lehren, oft genug mit ihrem Leben.“

Ähnlich liegen die Verhältnisse in anderen Bergbaugebieten. Es muß wieder daran erinnert werden, daß die Bergbauunternehmer in der nächsten Zeit beabsichtigen, die Löhne der Bergarbeiter zu kürzen. Von dem kurzen Lohn, den diese Leute bekommen, soll also noch etwas abgezogen werden. Es muß mit allen Mitteln abgewehrt werden, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter verschlechtert werden sollen.

## Behebung der Arbeitslosigkeit

### Vorschläge der preußischen Regierung

Die preußische Regierung hat Vorschläge gemacht, wie die Arbeitslosigkeit gelindert werden kann. Sie empfiehlt die Senkung der Arbeitszeit überall, wo es nur angängig ist. Dies soll geschehen in Form einer gesetzlichen Regelung dahingehend, bei notwendiger Arbeitseinschränkung eine Arbeitszeitverkürzung vorzunehmen, damit die Arbeitslosigkeit durch Entlassungen nicht gesteigert wird. Weiter schlägt die Regierung vor, vorübergehend die Schulpflicht um ein Jahr zu erweitern. Die Einführung des neunten Schuljahres, das vornehmlich einer Berufsvorbereitung dienen soll, würde rund 250 000 jugendliche Arbeitskräfte vom Arbeitsmarkt fernhalten. Dieses Angebot kann dann durch jugendliche Arbeitskräfte ersetzt werden, wodurch die Arbeitslosigkeit zweitens vermindert würde. Man nimmt an, daß dadurch an Arbeitslosenunterstützung 200 Millionen M gespart werden könnten. Dieser Vorschlag der preußischen Regierung muß die Unterstützung der Arbeiterschaft finden. Es ist durchaus nicht notwendig, daß jugendliche halberwachsene Menschen bereits mit 14 Jahren in das Erwerbsleben gestoben werden.

Das Programm der preußischen Regierung sieht weiter vor, durch gesetzliche Maßnahmen die ausländischen Wanderarbeiter vom deutschen Arbeitsmarkt fernzuhalten. Die ausserhalb 100 000 betragenden Arbeiter aus Ostropa, die alljährlich als Wanderarbeiter kommen, müßten durch einheimische Arbeitskräfte ersetzt werden. Auch dies ist ein Vorbehalt, der von den Gewerkschaften unterstützt werden muß. Im weiteren Programm sieht die Regierung vor, durch Meliorationsarbeiten und die Kultivierung der Hoch- und Niedermoorflächen landwirtschaftlichen Boden neu zu schaffen. Es sollen jährlich 135 Millionen M auf die Dauer von drei Jahren hierfür angeworben werden. Man hofft, hierdurch 80 000 Arbeiter laufend zu beschäftigen. Dadurch würde Brackland in gutes Ackerland verwandelt und der Volkswirtschaft ein großer Dienst erwiesen.

Eine geistige Seuche rast durch die Welt, der krankhaft übersteigerte Nationalismus. Italien, Ungarn, Deutschland, Polen, Tschechoslowakei, Finnland, Österreich, Serbien, Rumänien — in allen diesen Ländern überschlagen sich die aufgepeitschten nationalistischen Instinkte in Morden, Schlägereien und Krawallen. Die Phrase, das Schlagwort regiert; die dem Volke, der Menschheit nützende Tat ist nicht beliebt. Geringfügige Grenzverletzungen werden ins maßlose aufgebauscht. Immer ist der andere schuld. Immer ist der andere der böswillige Unruhestifter. Drüben erlaubt sich ein leicht einflußloses Blatt oder ein verantwortungsloser Schreier irgendeine nationalistische Ungezogenheit, und gleich erhebt sich hüben ein schreckliches Getöse über die abgrundtiefe Schlechtigkeit des ganzen Volkes von drüben. Die nationale Seele schäumt, kocht und sprudelt vor Entrüstung. Jeder Nationalist glaubt, sein Volk sei das beste, seine Sprache sei die schönste, die Sitten seines Volkes die vollkommnen, sein Vaterland das herrlichste, und nur seine Nation sei berufen, Beherrscher und Führer der übrigen Welt zu sein.

Jeder Nationalist betrachtet den Bewohner jenseits der Grenze als vollendeten Idioten, dessen Sprache „so komisch“ klingt. Ja, selbst innerhalb eines Volkes belegen sich Lokalpatrioten mit den lieblichsten Kosennamen, als da beispielsweise sind: der „Saupreiß“, der „scheele Flesse“, der „Usinger“, der „Ochspreiße“ usw. Dabei hat jede Sprache ihre Schönheiten, wenn man sie nur gründlich beherrscht. Jede Sprache hat keinen anderen Zweck als den der Verständigung. Darum ist auch jede Sprache gut, jedes Land ist schön für den, der darin aufgewachsen ist. Den von drüben deswegen zu hassen oder zu verhöhn, ist daher unsinnig und zeugt von einem großen Mangel an weltpolitischem Verständnis. Menschen, die mehrere Sprachen beherrschen und in der Welt herumgekommen sind, sind darum auch selten Nationalisten. Aber an jeder Grenze sitzen zwei „Erbeinde“, deren nationalistische Heißsporne schon dafür sorgen, daß die nationalistische Hetze hüben und drüben nicht ausstirbt.

Die heutige Zeit ist eine Zeit nationalistischer Überspannung. Die nationalistische Erregung fand schließlich ihren schrecklichsten Ausdruck im Weltkrieg, in dem der Wahnsinn eines künstlich genährten Völker- und Rassenhasses nie mehr übertreffbare Orgien feierte. Dieser Wahnsinn erfährt seine Fortsetzung nunmehr im Faschismus, im Nationalsozialismus. An diesen letzten Strohhalm klammert sich der im Abstieg begriffene Kapitalismus. Deshalb bekämpft er mit letzter Kraft alle Bestrebungen, die der Befriedigung der Arbeiterklasse dienen. Deshalb formiert er seine Nazi- und Stahlhelmkolonnen gegen das Bollwerk dieser Bestrebungen, gegen die freie Gewerkschaft und die Sozialdemokratische Partei. Deshalb forciert er die Rationalisierung, um die Arbeitslosigkeit künstlich zu steigern und so die mürrischen Arbeitslosen zu Verzweiflungstaten zu treiben. Deshalb wütet er gegen Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung, gegen jede soziale Versicherung, um die hungernden Massen unter seinen Stiefel zu zwingen und dann die alte Form seiner Macht, militärische und obrigkeitliche Gewaltherrschaft, wieder aufzurichten. Deshalb bekämpft er die Demokratie, weil er weiß, daß diese die Grundlage der Selbstbestimmung und des Zusammenhalts innerhalb der Arbeiterklasse ist. Das Volk soll nicht nach seinen Wünschen gefragt werden, es soll wie früher widerspruchslos ge-

horchen. Dieses liebliche Ziel kann aber nur durch die brutalste Regierungsform erreicht werden: die Diktatur.

Die Diktatur ist die Verneinung jeder politischen und sozialen Freiheit, ist die Verneinung menschlicher Gleichberechtigung. Gewalt ist ihr Grundstein: Ausnahme Gesetze, Standrecht, Polizei, Militär. Gesinnung ist dann ein verdächtiger Begriff. Gesprochen und geschrieben darf nur werden, was von oben zugelassen ist. Das Versammlungs- und Vereinigungsrecht ist aufgehoben. Schon Bismarck hat gesagt, mit Ausnahme Gesetzen könne jeder Dummkopf regieren. Ganz recht, denn Diktatur ist nichts anderes als Tyrannei. Die Diktatur kann nur brutal sein, mit Recht und Gesetz weiß sie nicht viel anzufangen. Beweis: Italien, Rußland, Ungarn. Aufrechte Menschen können unter der Diktatur nicht gedeihen. Spitzel, Leisetreter, Gesinnungslumpen behaupten das Feld. Jede ehrliche Kritik, jede Beziehung zum Volk bleibt unterbunden. Der Diktator ist ein Mann des Schreckens, ein Satrap ohne Gewissen. Die besten Kräfte und Talente des Volkes verkümmern im Schatten, bleiben ungenutzt, ungeschliffen. Bis einmal die Zeit kommt, wo eine allgemeine Korruption, ein Kampf aller gegen alle die Diktatur mit Haut und Haaren versenkt.

Jede Diktatur muß einmal fallen, weil sie nur in der stickigen Atmosphäre eines knechteligen Volkes gedeihen kann. Sie muß vor allem auch deshalb fallen, weil sie für die kulturelle und sonstige Entwicklung ein Hindernis bildet. Unaufhaltsam schreitet diese Entwicklung weiter, wenn auch nicht immer auf geradem Wege. Die dauernde Entfremdung der Völker gelingt dem Kapitalismus nicht mehr, wenn auch die scheinbaren Erfolge seiner Stoßtruppe, der Nationalsozialisten, dies glauben machen könnten. Und scheinbare Erfolge trügen immer. Die fortschreitende Technik überbrückt die Schuchten zwischen den Völkern immer mehr. Der Verkehr, der Zeit und Raum immer spielender bewältigt, vermischt die Völker gewissermaßen zu einer Nation. Die Unterschiede in Sprache und Sitte verwischen sich. Eine Weltsprache, etwa das Esperanto, wird dazu das ihrige beitragen. Sie wird einmal ihren Siegeszug durch die Welt antreten, weil sie eine Notwendigkeit ist. Einmal werden auch die Grenzen fallen, weil sie die Menschheit, die nach uns kommt, im Fortschritt, im Niederzwang kulturwidriger Verhältnisse behindern. Zum letzten Male bäumt sich der Kapitalismus auf, diesmal durch nationalsozialistische Sturmabteilungen. Seine Zeit ist im Abklingen begriffen.

Sein Erbe wird der Sozialismus antreten. Dies Erbe wird aber vorläufig schwer zu ordnen und zu verwirklichen sein. Aufgaben und Schwierigkeiten, riesig und tatenschwanger, werden von allen Gebieten des menschlichen Daseins an die Erbherrschenden heranströmen. Sie in das rechte Bett zu leiten, dazu ist die sozialistische Arbeiterklasse berufen. Ungeheuer ist die Verantwortung. Aber wenn ihr die berufliche Verständigung auf internationaler Grundlage gelang, wird ihr wohl auch die politische und gesellschaftliche Völkerverständigung gelingen. Ohne Demokratie ist aber dieses weltumwälzende Ziel nie zu erreichen. Auf dem Baume der Demokratie müssen sich alle Blätter, alle Zweige, alle Äste frei und ungehemmt entwickeln. Heute befinden wir uns im Kochkessel der sich organisch und folgerichtig entwickelnden Revolution des Geistes, der Kultur, der Wirtschaft. Vielleicht ein Menschenalter später schon wird das neue Weltbild auch den neuen Rahmen erhalten.

## Die Presse zum Metalkampf

„Mit einem starken Gefühl der Erleichterung“ nimmt die Frankfurter Zeitung Kenntnis von der Verständigung im Berliner Metallstreik. Sie kennzeichnet damit auch die Stimmung der übrigen bürgerlichen Presse. In einem Rückblick auf die Ursachen des Streiks wird betont, daß „der Anteil des Lohnes an den Kosten der Metallindustrie im allgemeinen verhältnismäßig gering ist, sodaß selbst die vom Schiedsgericht vorgeschlagene Lohnsenkung die Kosten insgesamt nur um ein geringes vermindern könnte. Es wäre darum äußerst erwünscht gewesen, daß die Preissenkungen, die ja nun kommen und kommen müssen, ihre Wirkung gezeigt hätten, bevor man an eine neue Regelung der Löhne gegangen wäre.“ Es wird weiter gesagt: „Diejenige Gewerkschaftsführer, die die wirtschaftliche Lage übersehen, sind sich ja wohl darüber im klaren, daß eine gewisse Lohnverringerung an verschiedenen Stellen nicht zu vermeiden sein wird. Aber sie konnten sich nicht mit einer Regelung abfinden die in sich selbst nicht genügend begründet ist und dennoch als ein Exempel für das ganze Reich gedacht war. Man darf erwarten, daß die Schiedsrichter ihre schwere Aufgabe in gerechter Weise erfüllen werden.“

Die Kölnische Zeitung nimmt an, „daß der Reichsarbeitsminister im Namen des Reichskanzlers sehr ernste und eindringliche Ausführungen über bevorstehende finanz- und wirtschaftspolitische Gefahren vorgetragen hat und daß beide Parteien den beschleunigten Abbruch des Arbeitskampfes als das geringere Übel angesehen haben“. Der Entschluß, den Streik abzubrechen, werde den Obkuten der Gewerkschaften „durch zwei Umstände erleichtert: der Aussand begann bereits merklich abzubrechen; ferner war man sich darüber klar, daß die Geldmittel der am Aussand beteiligten Gewerkschaften nicht mehr lange zur Zahlung der Unterstützungen ausreichen würden.“ (Diese Sorge der KZ ist, soweit der DMV in Betracht kommt, ganz unbegründet.)

Der Deutsche nimmt an, „daß unter den Parteien selbst über die Grundlinien des neuen Schiedspruches bereits eine Verständigung erfolgt ist... Wie immer bei solchen Gelegenheiten, werden die unparteiischen Schiedsrichter den Buckel herhalten müssen.“ Mit diesen Bemerkungen will man wohl den voraussichtlichen Vorsitzenden des Schiedsgerichts, Dr. Brauns, im voraus in Schutz nehmen.

Die Vossische Zeitung vom 30. Oktober sagt, die Ergebnisse der Vereinbarungen entsprechen dem, was bei einer vernünftigen Beurteilung der gegebenen Verhältnisse gefordert werden mußte, nämlich die Nichtverbindlichkeitsklärung des Schiedspruches. „Die Gewerkschaften dürfen dieses Ergebnis mit Recht als einen Erfolg ihrer Arbeit in Anspruch nehmen.“ Andererseits aber, meint sie, haben die Gewerkschaften auch ein Opfer gebracht, indem sie die Waffe des Streiks aus der Hand gelegt und sich dadurch verpflichtet haben,

den Frieden wiederherzustellen, ohne zu wissen, wie der neue Schiedspruch ausfallen wird. Sie empfindet als wichtigste Frage diejenige, ob die Gewerkschaften sich auch durchsetzen werden. Wenn die kommunistische Opposition innerhalb der Gewerkschaften stimmungslos von gewissem Erfolg hätte sein können, so ist aus dieser Tatsache noch nicht zu ersehen, wie die Opposition gegen die immer noch geschlossenen Kaders der organisierten Qualitätsarbeiter durchdringen kann.“

Das Berliner Tageblatt (29. Oktober 1930) meint, daß die Beendigung des Streiks in parlamentarischen Kreisen einen sehr guten Eindruck gemacht hat. „Die Gefahr von Teilstreiks unter kommunistischer Leitung wird zwar nicht verkannt, aber auch nicht überschätzt. Die Hauptsache ist, daß 140 000 Arbeiter wieder in den Wirtschaftsprozeß eingefügt werden. Damit ist eine neue Frist gewonnen, deren Ausnutzung zur energischen Fortsetzung der Preissenkungsaktion jetzt die wesentliche Aufgabe bildet.“

Die Rote Fahne ist über die getroffene Vereinbarung der Zehnerkommission „enttäuscht“. Sie fordert die Weiterführung des Streiks und meint, daß das Ergebnis „Selbstmord für den DMV bedeute“.

Im Tag wird berichtet, daß eine Vertrauensmännerkonferenz des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes die vom DMV angesetzte Urabstimmung ablehne und seine Mitglieder zur sofortigen Arbeitsaufnahme auffordere. Diese Stellungnahme kennzeichnet zwar die Haltung des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes, hat aber für den Kampf selbst keinerlei Bedeutung.

## Abnahme der Heiratshäufigkeit durch die Massennot

In den Monaten Mai und Juni war die Zahl der Eheschließungen nicht unbeträchtlich niedriger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Selbst das Statistische Reichsamte stellt fest, daß die Abnahme der Heiraten in starkem Maße mit der ungünstigeren Gestaltung der Wirtschaftslage zusammenhängt. Nach den bevölkerungsstrukturellen Veränderungen wäre nicht ein Sinken, sondern ein weiteres Ansteigen der Zahl der Eheschließungen zu erwarten gewesen. Im ersten Halbjahr 1930 war im ganzen noch eine Zunahme der Heiratshäufigkeit um 0,2 auf 9,5 je 1000 Einwohner festzustellen. Diese Zunahme an Eheschließungen hat sich jedoch seit April immer mehr vermindert.

Der Rückgang der Heiraten ist nach unserer Meinung etwas ganz Natürliches in einer Zeit, wo Millionen Menschen sich kaum über Wasser halten können. Wenn Frauen und Mädchen in Massen arbeitslos sind, dann müssen sie an alles andere eher denken als ans Heiraten. Somit überträgt sich das Massenelend der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit auf alle Gebiete des Lebens.



# Technik und Werkstatt



## Vulkane als Dampfkessel

Von Dr. S. Ewald

Die drohende Gefahr, daß noch in unserem Jahrhundert die Kohlen- und Ölvorräte der Erde erschöpft sein werden, zwingt nach neuen Kraftquellen Umschau zu halten. Wenn nun auch die Aufgabe, die Erdwärme der Technik dienstbar zu machen, noch nicht ganz gelöst ist, so ist doch bisher wenigstens der Anfang dieser Lösung mit den günstigsten Erfolgen eingeleitet worden. Nach Ansicht bedeutender Fachleute liegt gar kein Grund vor, den gesamten Energiebedarf der Technik nicht dem Erdinnern zu entnehmen. Bohrlöcher von 4 bis 5 km Tiefe herzustellen und Dampf von 120 bis 150 Grad an jeder Erdstelle und nach dem Umfange des Bohrloches in verschiedener Menge zu erhalten, übersteigt durchaus nicht die Grenzen des technisch Möglichen.

Bisher hatte man sich allerdings auf solche Orte beschränkt, wo es der Vulkanismus ermöglichte, die natürlichen Heißwasser- und Dampfquellen zu erfassen. So beheizt beispielsweise der Wiesbadener Kochbrunnen mit seinen 68 Grad die Badehotels; die warmen Quellen auf Reikjavik auf der Insel Island werden in Röhren nach der Stadt geleitet und dienen wegen ihrer radioaktiven Eigenschaften nicht nur als Heilquellen, sondern werden nebenbei auch zum Betriebe von Wäschereien und Treibhäusern herangezogen.

Einen besonderen Rang nimmt Italien bei der Verwertung seiner Soffione, das heißt seiner Dampfströme in den Marmmen von Toskana ein. Es handelt sich dabei um das Gebiet eines absterbenden Vulkanismus, das mehrere Geviertkilometer umfaßt. Bis in die Anfänge des vorigen Jahrhunderts reichen die Versuche zurück, die in den Niederschlagswässern enthaltene Borsäure zu gewinnen. Nennenswerte Erfolge erzielte damit erst der Laderello im Jahre 1870. Allerdings erwachsen der toskanischen Borsäuregewinnung bald ernstliche Wettbewerber in Kalifornien, Chile und Kleinasien, wo man neue und weitaus ergiebigere Quellen entdeckte. Im Jahre 1904 versuchte dann als erster Ginori Conti die toskanischen Erddämpfe für den maschinellen Betrieb nutzbringend zu verwerten. Diesen Versuchen stellten sich indessen bedeutende Schwierigkeiten entgegen. Die Gegenwart von Gasen (Kohlensäure, Stickstoff, Ammoniak, Schwefelwasserstoff usw.) bedrohte die Verwertung in hohem Maße. So wurden beispielsweise die eisernen Zuleitungsrohre zu den Dampfkesseln und die Schaufelräder der Turbinen bei der hohen Wärme des Schwefelwasserstoffes angegriffen.

Als der Weltkrieg ausbrach, waren diese Schwierigkeiten wohl überwunden; für den Großbetrieb reichten aber die vorhandenen Dampfleistungen nicht aus. Es galt nun, künstliche Bohrlöcher anzulegen. Bei einer Tiefe von 120 bis 150 m und einem Durchmesser von durchschnittlich 40 cm lieferten sie in dem Hauptort Larderello zusammen 150 000 kg Dampf in der Stunde. In Piazza Anna ergab ein Bohrloch allein 30 000 kg Dampf in der Stunde, in Castelnovo 60 000 kg stündlich mit einer Wärme bis zu 180 Grad.

Wenn man auf 30 000 kg Dampf durchschnittlich 3000 Pferdekraft rechnet, so sind die gewaltigen stündlichen Kraftmengen leicht zu erkennen. Die durch den Erddampf betriebenen Dampfturbinen erzeugen Wechselstrom von 4000 Volt Spannung, der um ihn weiterleiten zu können, auf 40 000 Volt transformiert wird. Die Leitung endet im Süden in Terni in Umbrien, wo sie zum Teil auch zur Beleuchtung Roms beiträgt, im Norden wird sie bis Brescia geführt. Man denkt auch daran, die Solfatara von Pozzuoli bei Neapel den gleichen Zwecken dienstbar zu machen, und vielleicht gelingt es auch, die vier tätigen Vulkane Italiens hierfür als riesige „Dampfkessel“ ebenfalls heranzuziehen.

## Universal-Schweißmittel

(Nachdruck verboten.)

Fast alle Schweißpulver haben den Nachteil, daß sie stets nur für eine Gruppe von Metallen mit Erfolg als Fluß- und Reinigungsmittel angewandt werden können. Dies hat zur Folge, daß in Betrieben, in denen regelmäßig verschiedene Metalle geschweißt werden, eine ganze Reihe mannigfacher Schweißmittel auf Lager gehalten werden müssen, die zumeist noch die unangenehme Eigenschaft besitzen, mit der Zeit ihre Wirksamkeit zu verlieren. Zudem besteht die Gefahr, daß durch Verwechslung der Schweißpulver größerer Schaden angerichtet wird. Aus diesen Gründen verdient ein neues Mittel allgemeine Beachtung, das beim Schweißen nahezu aller schweißbarer Metalle gute Dienste leistet. Die nach ihrem Erfinder als Reußsches Universal-Schweißmittel benannte Flüssigkeit ist vor allem ein vorzügliches Hilfsmittel für die so überaus schwierige Aluminiumschweißung, bei der es allen bekannten hierzu angewandten Pulvern überlegen sein soll. Daneben lassen sich mit seiner Hilfe auch gute Gußeisen-, Stahl-, Messing-, Kupferschweißungen usw. erzielen, wobei noch ein besonderer Vorteil darin besteht, daß auch die Verbindung verschiedener Metalle, also beispielsweise Messing mit Gußeisen, Kupfer mit Stahl usw., gut durchführbar wird. Auch beim Löten von Gußeisen mittels eines Messinglot, beim Hartlöten usw., soll das neue Reußsche Mittel gute Dienste leisten.

Die Anwendung dieses Schweißmittels, das in Kännchen in den Handel gebracht wird, die gut verschlossen, kühl und trocken aufzubewahren sind, erfolgt in der Weise, daß nach gründlichem Aufreiben die Flüssigkeit auf die zu schweißende Stelle sowie den Schweißdraht oder Schweißstab mittels eines Pinsels reichlich aufgetragen wird. Auf glühendes Metall das Schweißmittel aufzubringen, hat sich als nicht zweckmäßig erwiesen. Beim Schweißen von Aluminium hat das Schweißmittel eine regelrechte Ausstoßung der Oxyde als Fremdkörper zur Folge, so daß die bei andern Verfahren bestehende Gefahr einer unvollständigen Oxydauflösung ausgeschlossen ist. Nach Möglichkeit soll man in Rücksicht auf die Empfindlichkeit des Aluminiums die Flüssigkeit in frischem, durch Benutzung für andere Schweißungen nicht verunreinigtem Zustande anwenden. Beim Schweißen von Stahl wird durch das neue Mittel ein ruhiger, gleichmäßiger Fluß, kein Spritzen verursacht. Bei allen Arten von Gußeisen bewirkt das Reuß-Mittel einen guten Schmelzfluß, bläht sich in der Hitze nicht auf, absorbiert die Schlacken und bleibt auf dem Metall haften. Auch bei allen anderen schweißbaren Metallen zeigt das neue Universal-Schweißmittel ähnliche gute Eigenschaften.

G. Hth.

## Buntes Kupfer aus Messing

Mit Hilfe des elektrischen Stromes lassen sich Kupfer, Messing oder Bronze in allen nur möglichen Farben überziehen. Eine schwache Stromquelle genügt, zum Beispiel ein Akkumulator von 4 bis 8 Volt oder eine entsprechend starke Batterie von galvanischen Elementen. Es geht aber auch mit dem Strom der Lichtleitung, sofern sie Gleichstrom führt; man schaltet dann am besten eine Glühlampe vor oder einen regelbaren Widerstand, wie zum Beispiel den, der im Kosmos-Baukasten „Elektrotechnik“ enthalten ist.

## Aus dem Reiche der Elektrizität

Von Christoph Carlowitz

Zu ihren Versuchen über die Ablenkung von Elektronen, von Kathodenstrahlen, Lichtstrahlen usw. benötigen die Physiker starke magnetische Felder, wie sie nur mit Hilfe von Elektromagneten erzeugt werden können. Einer der größten Elektromagnete der Welt ist kürzlich von einer deutschen Fabrik für die Universität Leyden (Holland) erbaut worden. Dieser Riesemagnet ist trotz seines stattlichen Gewichtes von 14 000 kg so beweglich gestaltet, daß er nicht nur in waagerechter Achse beliebig gedreht, sondern auch um volle 90 Grad gekippt werden kann, so daß seine Polkerne dann senkrecht stehen. Die Polkerne, die je etwa 900 kg wiegen, bestehen aus Stahlguß. Die Wicklung der Pole wurde aus Vierkant-Kupferrohr hergestellt. Sie wird mit Wasser gekühlt, um die bei Stromdurchgang auftretende Wärme niedrig zu halten. Da die Messungen mit diesem riesigen Magneten ein vollkommen gleichbleibendes Magnetfeld voraussetzen, so galt es, mehrere Akkumulatorenbatterien aufzustellen, die auch einen Dauerbetrieb für eine gewisse Zeit verbürgte. Die erforderliche elektrische Energie kann aus drei Akkumulatorenbatterien zu je 68 Elementen in der gewünschten Stärke entnommen werden. Außerdem wurde ein Drehstrom-Gleichstrom-Umformer für eine Gleichstromleistung von 60 kW bei 115 V Spannung aufgestellt.

Die Schweizerischen Bundesbahnen haben vor einiger Zeit eine elektrische Lokomotive für die Gotthardstrecke in Auftrag gegeben, die mit 7200 PS Leistung die größte Lokomotive dieser Art in Europa sein wird. Sie besteht aus zwei kurzgekuppelten Halblokomotiven mit je vier Triebachsen. Jede der acht Triebachsen wird von zwei Motoren von je 450 PS angetrieben. Die beiden äußeren Laufachsen jeder Halblokomotive sind mit der benachbarten Triebachse zu einem Drehgestell vereinigt. Die Stundenleistung der Lokomotive beträgt 7200 PS bei 62 km Geschwindigkeit in der Stunde. Die Dauerleistung ist mit 6560 PS bei rund 66,5 km/Std angenommen. Die höchste Zugkraft der Lokomotive wird 64 000 kg betragen. Die Triebäder erhalten 1350, die Laufräder 950 mm Durchmesser. Die Länge der Gesamtlokomotive zwischen den Puffern beträgt 32,5 m. Das Gewicht des elektrischen Teils wird 109,5 t, das des mechanischen Teils 123,3 t betragen.

Je weiter die Großkraftwerke ihre Energie ins Land hinausenden, um so höher muß die Spannung des elektrischen Stromes sein, da nur dann die durch die langen Leitungen bedingten Verluste in tragbaren Grenzen gehalten werden können. Und so sehen wir denn im Laufe der letzten Jahrzehnte ein geradezu sprunghaftes Anschwellen der Spannungen, womit der elektrische Strom den zahlreichen Verbrauchern in weitem Umkreis zugeleitet wird. Heute sind bereits Leitungen für 220 000 Volt in Betrieb; die Erhöhung der Betriebsspannung auf 380 000 Volt wird nicht mehr lange auf sich warten lassen. Daß mit dieser an sich ganz außerordentlich hohen Spannung die oberste Grenze erreicht ist, darf nach allen bisherigen Erfahrungen auf diesem Gebiet als ausgeschlossen gelten. Da die Isolatoren im Versuchsfeld der Porzellanfabriken mit einer mehrfach höheren Spannung, als sie später im praktischen Betriebe auftritt, geprüft werden müssen, so ist es zu verstehen, wenn heute schon führende deutsche Isolatorenfabriken den kommenden Steigerungen in weiser Voraussicht Rechnung tragen, indem sie ihre Versuchsräume schon jetzt für die ungeheure Spannung von 2 Millionen Volt gegen Erde einrichten.

So bequem und sauber die Verwendung eines elektrischen Bügeleisens an sich ist, so hatte es doch bisher immer noch den Nachteil, daß seine Erwärmung von der Hausfrau ständig kontrolliert werden mußte, weil bei zu großer Hitze leicht ein Versengen der Wäsche eintreten kann. Im Laufe der letzten Jahre konnte man in dem Protos-Automatic-Bügeleisen einer deutschen Firma ein neues elektrisches Bügeleisen hergestellt werden, bei dem diese Überwachung durch die Hausfrau erübrigt wird, da das Bügeleisen sich selbst kontrolliert und den Strom bei zu großer Erhitzung selbst ausschaltet. Diese an sich sehr einfach erscheinende Aufgabe war sehr schwer in die Praxis umzusetzen, da das elektrische Bügeleisen ein verhältnismäßig kleiner Gegenstand ist und sein Preis niedrig gehalten werden muß. Die Lösung, um die sich zahlreiche Elektrotechniker bemühten, gelang in der Weise, daß ein sogenannter außengesteuerter Höchstvakuum-Schalter, der mit einem Thermoblast aus Invarstahl in Verbindung steht, dessen durch die Wärme bedingten Längenänderungen in Schaltvorgänge umgesetzt. Beim Erreichen der höchst zulässigen Hitze schaltet der durch die zunehmende Wärme länger gewordene Thermoblast den Schalter aus, und bei der durch das Platten bedingten Abkühlung wieder ein. Die Schaltkontakte sind in einem luftleeren Raum innerhalb des Bügeleisens untergebracht; der Thermoblast aus Invarstahl hingegen außerhalb der Platte, weshalb man in diesem Falle von einem „außengesteuerten Höchstvakuum-Schalter“ spricht. Eingehende Versuche ergaben, daß die geeignetste Bügeltemperatur bei etwa 200 Grad Celsius liegt. Ein Einstellknopf an dem Bügeleisen ermöglicht es der Hausfrau, die Temperatur um 40 Grad unter oder über diesen Mittelwert zu verändern, je nachdem sie zarte, feine Waschräume mit geringerer, und grobe, starke Stoffe mit größerer Hitze plätten will.

Beim Tonfilm und den Fernsehapparaten wird bekanntlich eine Fotozelle benutzt, um Lichtstrahlen in elektrische Impulse umzusetzen. Neuerdings ist man nun zu der äußerst beachtenswerten Feststellung gelangt, daß dies auch mit einer einfachen Metallverbindung möglich ist. Eine Kupferplatte mit einer Schicht Kupferoxydul zeigt nämlich die merkwürdige Eigenschaft, daß sie einen Wechselstrom nur in einer Richtung durchläßt und in der andern Richtung sperrt. Auf Grund dieser Eigenschaft werden bereits aus derartigen Platten technische Kleingleichrichter angefertigt. Weitere Versuche mit derartigen Metallverbindungen ergeben, daß eine massive Kupferoxydulplatte, auf der eine dünne Metallektrode angebracht ist, eine metallische Fotozelle ergibt, die der bisher benutzten Alkalifotozelle (das ist eine stark luftleere Glasröhre mit zwei Elektroden) in der Leistung gleichwertig, in elektrischer Hinsicht jedoch bedeutend überlegen ist. Sie hat nämlich nur etwa 100 Ohm Widerstand, während die Vakuumzellen mehrere hunderttausend Ohm haben. Ob die neue metallische Fotozelle bei weiterer Vervollkommnung auch einmal die Möglichkeit bieten wird, Sonnenlicht in wirtschaftlicher Weise in elektrische Kraft für Antriebszwecke zu verwandeln, steht noch dahin. Heute müßte sie noch eine Größe von mehreren tausend Quadratmeter haben, um bei Tageslicht die Leistung von 1 Kilowatt zu erzeugen. Die auf solche Weise gewonnene Energie käme also nur für Millionäre in Frage.

## Bessere Flug- und Automotoren

Die hauptsächlichsten Aufgaben beim Bau von Flugmotoren sind folgende: Verringerung des Einheitsgewichtes, Erhöhung der Betriebssicherheit und Verminderung des Treibmittelverbrauchs. Das Gewicht der Motoren, das im Anfang der Flugtechnik etwa 4 kg je PS betrug, hat im Laufe der Zeit auf 1 kg und sogar auf 0,6 kg je Pferdekraft herabgemindert werden können bei Motoren großer Leistung und neuester Bauart. Zurzeit sind es besonders die luftgekühlten Motoren, die das Vertrauen der Fachwelt genießen und sich durch Zuverlässigkeit, Sparsamkeit und lange Lebensdauer auszeichnen, und zwar steht an der Spitze der luftgekühlte Siemens-Sternmotor für 500 bis 560 PS, der den größten luftgekühlten neunzylinderigen Flugmotor der Welt darstellt.

Sehr eifrig wird, u. a. auch von Junkers, die Ausbildung des Diesel-Flugmotors betrieben, der ohne Zweifel eine bedeutende Zukunft besitzt. Der von der Packard-Motor-Co. nach längerer Versuchsdauer herausgebrachte Diesel-Flugmotor wiegt nur ein wenig über 1 kg je PS bei einer Gesamtleistung von 225 PS und einem Brennstoffverbrauch von rund 200 Gramm je Pferdekraft und Stunde. Er begegnet bereits einer solchen Nachfrage, daß die Firma in Detroit mit einem Kostenaufwand von mehreren Millionen eine Fabrik errichtet, die nur Diesel-Flugmotoren bauen wird. Auch auf dem Gebiet des Automobilbaues hat man größtes Interesse an der Verwendung der sehr viel wirtschaftlicher arbeitenden Diesel-Motoren; man ist sich hier nicht im unklaren darüber, daß bei dem heutigen Tempo des Benzinverbrauchs die Erdölvorräte der Welt nur noch einige Jahrzehnte ausreichen werden. Zählt man doch, wie auf der Weltkrafttagung angegeben wurde, zurzeit insgesamt 30 Millionen Automobile auf der Erde mit annähernd 600 Millionen PS! Viel Beachtung fand in dieser Beziehung ein kürzlich in Berlin vorgeführter Mercedes-Benz-Rohölmobil für 50 bis 60 Personen, der eine Brennstoffersparnis von 78 vH erreicht gegenüber dem Betrieb mit Benzinmotor.

## Feilen von Unterlegscheiben

Unterlegscheiben und flache Ringe, die man noch flacher feilen will, lassen sich schlecht in den Schraubstock einspannen. Man hilft sich dadurch, daß man die Scheibe auf ein Stück weiches Holz legt und sie mit einem Hammerschlag etwas in das Holz hineintreibt. Das Holz wird natürlich in den Schraubstock eingespannt. Man kann aber auch anders vorgehen: in das Holz treibt man einen Stift so tief ein, daß sein Kopf niedriger steht als die Scheibe stark ist. Dann legt man die Scheibe auf das Holz und feilt — natürlich immer nur in einer Richtung. Damit der Strich gleichmäßig bleibt, feilt man ein wenig exzentrisch. Die Scheibe dreht sich dann langsam um den Stift und bleibt überall gleich stark.

Sz.

## Gewindelöcher in dünnem Blech

In Löcher, die man auf üblichem Wege in dünnem Blech schlägt, läßt sich kein Gewinde schneiden. Man hilft sich dadurch, daß man das Loch mit einem spitzen Stahlstift durchschlägt. Es entsteht dann kein glattes, kreisrundes Loch, sondern das Blech wird beim Loch einbezogen. In den so entstandenen Kranz läßt sich ein Gewinde leicht einschneiden.

Sz.

## Hochdruckturbinen für Schiffsfahrzwecke

Vor einiger Zeit ist eine Firma gegründet worden, die sich erfolgreich mit dem Bau von Hochdruck-Dampfmaschinen außerordentlich niedrigen Gewichtes befaßt. Die neue Bauart eignet sich besonders für leichte und schnelle Wasserfahrzeuge, wie Küstenschutz-Boote, schnelfahrende Yachten jeglicher Größe, Passagierdampfer sowie auch Luftfahrzeuge. Das Gewicht der Kraftanlage konnte bei zwei kürzlich für die Reichsregierung erbauten Küstenschutz-Fahrzeugen von je 1600 PS Maschinenleistung auf 9 kg je PS herabgebracht werden, was mehr als die Hälfte weniger ist als das entsprechende Bezugsgewicht bei Turpedobooten. Bei größeren Turbinensätzen läßt sich die Ziffer sogar auf 6 kg herabmindern. Die Turbinen laufen mit sehr hoher Drehzahl und verwenden Dampf von 45 Atmosphären Druck. Wenn auch die Brennstoff- und Ölkosten wesentlich größer sind als beim Diesel-Motor, so wird dieses Mehr doch wieder ausgeglichen durch die viel geringeren Bedienungskosten der Dampfkraftanlage. Die neuen leichten Turbinen erscheinen insbesondere auch für die Zwecke der Luftschiffahrt geeignet, so zum Beispiel für den Antrieb großer, schnelfahrender Zeppeline; wie verlautet, soll in diesem Falle das Gewicht der vollständigen Maschinenanlage einschließlich des luftgekühlten Kondensators bis auf 3 kg je PS herabgesetzt werden können, eine Zahl, die sehr viel niedriger ist als die entsprechende Ziffer bei den neuesten schnellaufenden Dieselmotoren.



# Familie und Heim



## Der Tanz um den Kunden

Von Hildegard Kowalkowsky

Ob wir nun im Kino sitzen oder Rundfunk hören, ob wir eine Tageszeitung aufschlagen oder selbst über die Straße gehen: überall drängt sich uns die Reklame entgegen. Wir haben uns nur schon zu sehr an das aufdringliche Wesen gewöhnt, als daß wir noch allzuviel darüber nachdächten. Es gibt ja auch wirklich genug andere Dinge zum Nachdenken; und wenn da nun wirklich ein gemieteter Flieger seine Kapriolen in der Luft anstellt oder ein anderer in Rauchschrift ein neues Waschmittel in die Luft schreibt, was ist schon dabei? Wir haben andere Sorgen.

Freilich, wir haben andere Sorgen: Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Preiserhöhung, Lohnabbau. Und da soll man sich dann auch noch um Reklame kümmern? Sollen sie doch ihre Laufschrift machen und noch ein paar tausend Glühbirnen mehr am Abend andrehen! Ich bezahl's ja nicht!

Ja, wer aber in aller Welt bezahlt denn das, der Fabrikant etwa? Aus lauter Liebe zur großen Stadt, um sie noch großstädtischer zu verschandeln? Der wird sich hüten? Niemand anders als der Käufer selbst hat diesen Unfug zu bezahlen. Nach H. Sierakowsky werden in Deutschland jährlich 250 bis 300 Millionen M ganz allein für Reklamezwecke ausgegeben. Was ist das für eine ungeheure Summe! Und warum wird sie ausgegeben? Doch nicht etwa, damit die Hausfrau es nur ja nicht vergesse, daß man Nudeln zum Essen und Kohlen zum Heizen braucht. Zweck der Übung ist der: Ein Fabrikant will dem anderen den Kunden abjagen. Man überschlägt sich geradezu beim Tanz um den Kunden. Auf alle mögliche Weise versucht man ihn anzulocken. Die Firma Ikkaka gibt Luftballons zu; die Firma Plom & Plum will das noch übertreffen. Sie kündigt an: „Jedem Kunden sein Bild“ — bei Einkauf von soundsoviel Mark an, versteht sich. Eine andere Firma versucht es mit Sammel-tassen, wieder eine andere mit Kaffee und Kuchen. Kinopläze, Fahrtvergütung und allerlei sonstige Anreizmittel sollen den Käufer anlocken. Das fängt schon bei dem Bonbon an, den die Kleinen beim Krämer Meyer in die Pfötchen gestopft bekommen. Die Anrede „Gnäd' Frau“ ist auch ein zugkräftiges Werbemittel. So manche der Hausfrauen hält diesen Reklametricke für eine persönliche Wertschätzung vom Kaufmann. In Wirklichkeit aber schätzt der bloß die Größe des Einkaufskorbens und des Geldbeutels.

Sie machen alle Reklame, die Großen und die Kleinen. Der Große zwingt den Kleinen, seinerseits Reklame zu machen; und der Große empfiehlt den Kleinen als seinen Vermittler: „In jedem besseren Soundsogeschäft finden Sie...“ usw. Alle tanzen um den Kunden herum, denn der ist — ich bitte um Entschuldigung — das goldene Kalb. Sie umschwänzen ihn hinten und vorn. Die ganze Art und Weise trägt für einen Klardenkenden bereits den Stempel der Falschheit. Sie tun so, als lebten sie überhaupt nur für den Kunden, als hätten sie einzig und allein sein Wohl im Auge, als sei es ganz ihre Lebensaufgabe, dem Kunden ein billiges und zugleich gutes Nahrungs- oder Genußmittel bereitzustellen.

Und was tut der Kunde? Er fühlt sich hochgeehrt. Er läßt sich bestechen. Er geht dem Zauber auf den Leim. Er „greift zu“, er ist offenherzig und gutgläubig. „Es muß doch was dahinter sein, wenn die Leute so von sich reden machen.“ Ja, es ist schon etwas dahinter. Aber ganz gewiß nicht das, was man so in seiner Herzensanficht glauben möchte. Kalte Geschäftsberechnung ist es und sonst nichts weiter. Jeder will vor allem einmal selbst leben und den Nachbarfabrikanten möglichst totmachen. Es ist dem Hersteller herzlich wenig daran gelegen, daß die breite Masse mit einer anständigen und preiswerten Ware versorgt werde. Es kommt ihnen im wesentlichen nur darauf an, so viel wie irgend möglich vom eigenen Kram loszuschlagen. Der Kunde kann ja getrost neben den indirekten Steuern, die auf jedem Verkaufsgegenstand lasten, außer der Ladenmiete und den Verkaufskosten auch noch die für die Reklame mitbezahlen. Für den Herrn Großfabrikanten fällt dann auch schon noch genügend ab. Die Hauptsache ist, daß es der Kunde nicht so sehr merkt. Je mehr ein Fabrikant mit Hilfe einer geschickten Reklame los wird, um so mehr verdient er selber. Wer stellt denn nun den Hauptkundenkreis dar? Die Männerwelt oder die Überzahl der Frauen? Ist es nicht die Frau, die mit Hilfe des Wirtschaftsgeldes diesen Reklameumsinn unterstützt? Die Herren Fabrikanten hätten schon längst einpacken können, wenn die Frauen nicht immer wieder auf die Geschäftstüchtigkeit gewisser Leute hereinfallen. Die Hausfrau will gerne unworben sein. So berechtigt das an sich sein mag, so fällt sie doch nur zu leicht immer wieder auf die herein, die sie am meisten umschmeicheln, die es am lautesten bekanntgeben, wie sehr man im Grunde von der Gnade der gnädigen Frau abhängig sei. Und die Frau ist dann so gnädig und kauft. So „gnädig dumm“ könnte man in Klammer danebensetzen, aber das sieht sehr unhöflich aus.

Die Frau wird durch das entgegenkommende Wesen der Reklame zur Urteilslosigkeit erzogen, und der gute Glaube greift Platz. Sie glaubt es eben: „Virgil bleibt doch Virgil“, und daß „Lalla buttergeich“ ist, ebenfalls. Den fremden Geschäftemachern traut sie mehr als ihrem eigenen guten Geschmack, mehr noch als denen, zu denen sie eigentlich gehört. Sie hat sich dumm machen lassen. Aber sie hält sich für klug, wenn sie liest: „Die kluge Hausfrau kauft nur bei...“ Und sie kauft dann da.

Das allerschlimmste aber an der ganzen Sache ist das: Sie stärkt mit ihrem Wirtschaftsgeld das Großkapital, denn es ist ganz gleich, ob es sich um Barone der Eisenindustrie handelt oder um Barone der Lebensmittelindustrie. Die versuchen alle, den Arbeiter am Bändel zu

halten, nur, daß die Männer es zu einem großen Teil bereits begriffen haben. Die Arbeiterfrauen aber klopfen ihre eigenen Männer immer wieder auf die Finger, indem sie den schwer erworbenen Arbeitslohn als Wirtschaftsgeld den Unternehmern wieder zurücktragen. Wie sehr sich die Lebensmittelfabrikanten auch spinnefeind sein mögen, wie sehr sie sich auch heftig bemühen, die Kundschaft der Arbeiterfrau einander abzugeben — in der großen Linie sind sie sich einig. Der Arbeiterkunde, vor allen Dingen die Arbeiterhausfrau, soll sich so fest an sie gewöhnen, soll so fest an sie glauben, daß der Gedanke an die einfachste Selbstbefreiung ihnen nicht kommt. Der Tanz um den Kunden ist nichts anderes als versuchter Freiheitsdiebstahl. Daß der noch tausendfach gelingt, das beweist nur zu deutlich die große Fremdheit, die sich in den Kreisen der Arbeiterfrauen den Konsumgenossenschaften gegenüber zeigt. Zur Ehre unserer Hausfrauen sei es gesagt, daß die Konsumgenossenschaften nicht auf bewußte kalte Ablehnung stoßen. Es ist nur eine Art Gleichgültigkeit. Die Arbeiterfrau ist, ohne daß sie es weiß, schon viel zu sehr auf den wilden Reklametamtam eingestellt.

Sollen denn nun die Konsumgenossenschaften ebenso wild auf den Käufer losfahren mit Leuchtschrift und Fliegerdampf? Müßte nicht unter den Kosten einer solchen Reklame die Güte der Ware leiden? Wir wenden uns an die Vernunft der Hausfrau und an ihr Gefühl. Ehe nicht neben dem männlichen Gewerkschaftsmitglied das weibliche Genossenschaftsmitglied steht, solange wird die Arbeiterschaft noch viel Zeit und Geld und Kraft unnütz verpuffen. Wir Arbeiterfrauen sollten nicht länger goldenes Kalb spielen!

### Der schläfrige Fahrgast

„Wo ist Ihr Billett?“, fragte der Schaffner. Der schlafende Fahrgast öffnete ein Auge, sah den Schaffner an und schloß es wieder.

„Nun, wo ist es, haben Sie keins?“, fragte nochmals der Schaffner.

Der Fahrgast öffnete das andre Auge und schüttelte den Kopf. „65 Pfennige bekomme ich!“

Der Schläfer nahm keine Notiz davon.

„Hören Sie nicht?“, sagte der Schaffner, indem er ihn schüttelte: „Fünf-und-sechs...!“

Einen Moment öffneten sich die müden Augen nochmals und der Mann antwortete: „Macht zusammen Elf!“

Und schlief weiter.

### WIBbegierige Wirtin

„Weshalb sind Sie aus Ihrer letzten Wohnung ausgezogen?“ „Wegen beharrlicher WIBbegierde der Wirtin. Sie fragte mich immer: „Wann werden Sie endlich Ihre Rechnung bezahlen?““

### Der gute Geruch

Der Gefangenenaufseher entließ einen Häftling, der zwei Monate verbüßt hatte. Er sprach ihm eindringlich zu, nicht wieder vom geraden Wege abzuweichen. Als er dann schwieg, bat ihn der Mann, der aufmerksam zugehört hatte, er möge doch noch weitersprechen.

„Weshalb?“ fragte der Aufseher.

„Ach, ich habe zwei Monate keinen Schnaps trinken können, und Sie riechen so gut danach“, lautete die Antwort.

### Tapfer und bescheiden

„Was ist der Unterschied zwischen Tapferkeit und Bescheidenheit?“

„Tapferkeit ist: wenn man einem Boxchampion ins Gesicht sagt, daß er ein Raufbold und ein Wüterich sei.“

„Und Bescheidenheit?“

„Wenn man ihm dasselbe durchs Telefon sagt.“

## Bürgerliche Modetorheiten

„Die Kultur und ihre Symbole — Kunst und Handwerk — sind im 19. Jahrhundert der Ausdruck von zwei Mächten gewesen, von Bürgertum und Familie. Beide haben heute ihren Einfluß, ihre Wirkung und ihre Stellung verloren, zugleich mit ihrer Macht. Sicherlich sind beide aber trotz ihrer Sünden, unter denen wir heute scuzen, besser gewesen, als es heute ihr Ruf ist.“ Diese Sätze stammen von einem namhaften Schriftsteller, nämlich von Georg Hermann, und stehen im Vorwort eines Führers durch eine in Berlin veranstaltete Ausstellung „Von der Krinoline zur Tournure“, die der Mode und Kleinkunst des Zeitalters zwischen 1830 und 1890 gewidmet ist. Diese „Entdeckungen“ und „Rettungen“ sind typisch für die bürgerliche Ideologie. In dem mehr oder weniger klar eingestandenem Bewußtsein, daß man heute nichts mehr in kultureller Beziehung zu melden hat, klammert man sich verzweifelt an die Vergangenheit. Diese kulturelle Unsicherheit, dieses ängstliche Schielen nach rückwärts kann man seit gut 150 Jahren beobachten. Um 1770 schon hatten Hof und Adel ihre Rolle ausgespielt. Selbst in dem rückständigen Deutschland wirkt der Alte Fritz, der sich eigenmächtig gegen den neuen bürgerlichen Zug aus dem Westen abschließt, als ein keineswegs ehrwürdiges, sondern höchstens lächerliches Überbleibsel. Das Rokoko hat abgewirtschaftet. Aus England über Frankreich kommt die Herrschaft des Bürgertums. Man muß die Mode studieren, zumal die Frauenmode, um zu erkennen, welchen Strömungen die Kultur dieser bürgerlichen Zeit unterworfen ist. Die Mode ist ja kein Zufall, sondern der Spiegel der wirtschaftlichen und geistigen Kräfte einer Zeit.

Schon vor der großen Revolution beginnt das Suchen und Tasten. „Directoire“ und „Empire“, wie sich die französischen Moden nach den Etappen der politischen Entwicklung nennen, suchen die Antike zu kopieren, wie ja auch Danton und Robespierre sich auf die Helden der römischen Republik berufen und eine „Göttin der Vernunft“ an die Stelle Gottes gesetzt hatten. Der bürgerlichen Mode mußten sich auch die Fürstentöchter unterwerfen: die Kaiserin Josephine und die stockreaktionäre Königin Luise ließen in Gewändern umher, die griechischen oder römischen Schnitt trugen, und wohnten in Gemächern, die die Rokokoschnörkel des absolutistischen Zeitalters durch die strenge, ja nichtern-bürgerliche Linie des „Klassizismus“ ersetzten. Ereignisse der äußeren Politik spielen nicht nur Obelisk mit, sondern auch Motive für Mobiliar und Innenausstattung.

Aber diese scheinbar so einfache und klare Linie des Klassizismus oder „Empire“ wird bald wieder verlassen. Die Mode hat es allerdings noch nicht so eilig wie heute: sie hält etwa ein Menschenalter vor. Um 1830 schlägt sie vollkommen um. Man besinnt sich auf die Erfordernisse des nördlichen Klimas, das zu den dünnen, fließenden griechischen Empire-Gewändern nicht recht passen wollte. Dieser Grund allein hätte freilich noch nicht genügt, die Mode zu ändern: seitdem die Welt steht, haben die Menschen sich nie ausschließlich nach den Gesetzen der Vernunft gerichtet. Es mußte etwas anderes hinzukommen — die nationalisistische Strömung, die ihrerseits durch die wirtschaftliche Entwicklung bedingt wurde. Die Romantik, so ideal und weltfremd sie sich gab, war ein Ausfluß dieser nationalisistischen Reaktion. Die Schwärmerei für die Antike, an der ja auch der alte Goethe so anschiebig teilgenommen hat, macht der Begeisterung für das Mittelalter Platz. Man findet Geschmack an den Puffkuchen, Falbeln und Schleifen und geschmückten Röcken, in denen sich die Patrizierschichten und Ritterfraktionen bewegt hatten. Man bevorzugt die dicken und schweren Stoffe, die den weiblichen Körper verumhüllen und entstellen.

Dieser Rückschlag fängt mit dem „Biedermeier“ an und hält bis in die letzten Anklänge der Gründerjahre vor — bis um 1890. Das Geschwätz von der „sicheren Kultur“ und von der „Tradition“ des Bürgertums kann uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß der erfreuliche revolutionäre Schwung, der die großbürgerliche Epoche auszeichnet, verrückt und eine geradezu erschreckende Phantasielosigkeit und Unnatur sich breitmachen. Es ist, als wenn der große Prophet der „Rückkehr zur Natur“, Jean Jacques Rousseau, unversehrt gelobt hätte. Alle Torheiten und Ungehörlichkeiten, die er bekämpft hatte, kehren um die Mitte des 19. Jahrhunderts wieder und feiern in der Umgebung der französischen Kaiserin Eugénie, in dem neuen Modenzentrum Paris, schamlose Triumphe. Das Bürgerweibchen kriecht widerspruchslos in das Stahl- oder Fischbeinkorsett und in die

Nachahmung des Reifrocks, die „Krinoline“, die in dem künstlerischen Popo, der „Tournure“, sich bis gegen Ende des Jahrhunderts weiterschlepp. Unsere Mütter haben sich als junge Mädchen, wenn sie sich besonders „schön“ machen wollten, einen Hut oder einen Muff an einer Schnur unter den Rock gebunden und den Brustkorb zusammengepreßt, daß sie kaum mehr atmen konnten. Gleichzeitig stopften sie sich ihre Wohnungen mit künstlichen Blumen, Gipsbüsten und falschen Rokoko- oder Renaissancemöbeln voll und sperrten Licht und Luft durch Butzenscheiben und Samtvorhänge ab.

Und diese Mode soll „besser“ gewesen sein, „als es heute ihr Ruf ist“? Man könnte mit einem verächtlichen Achselzucken die „Toten ihre Toten begraben lassen“ — wenn diese Entwicklung vom Empire zu der Mode der Gründerjahre sich nicht wieder so erschreckend breitmachte. Wir erleben es ja in jüngster Zeit von neuem, wie das Modekapital, wirkungsvoll unterstützt von der bürgerlichen Presse, eine gesunde, schöne und billige Frauenkleidung durch eine häßliche und teure, aber profitablere — das reaktionäre lange Kleid, zu ersetzen sucht. Hermann Hieber.

### Regennacht im Hinterhof

Der Regen klatscht in den winzigen Hof hinein. Der Hof sieht aus wie ein kleiner Schacht. Von allen Seiten wachsen Mauern um ihn empor.

Wenn im Vorderhaus einer die Treppenbeleuchtung einschaltet, dann springt auch im Hof die Lampe an und wirft drei Minuten lang einen Lichtschein auf die feuchten Mauern, an denen das Regenwasser herunterläuft, um endlich eintönig murrmelnd in der Gosse zu verschwinden. Über dem Ganzen steht als viereckiger Ausschnitt der rötliche Nachthimmel.

Hier und da klebt auf der schwarzen Häuserwand das helle Viereck eines erleuchteten Fensters. Auf den Vorhängen erscheinen die Schatten von Menschen. Man hört durch die Scheiben hindurch Grammophonmusik. Irgendwo in einer Wohnung wird Klavier gespielt.

Ein gutbürgerliches Mietshaus ist es. Mit großen herrschaftlichen Wohnungen. Dort, wo die Seitenflügel mit dem Hinterhaus zusammenstoßen, liegen übereinander die hellen, geräumigen Küchen. In der einen brennt noch Licht. Man sieht eine Hausangestellte Geschirr und Töpfe an ihren Platz räumen. Es ist schon längst in der zehnten Stunde. Der Regen fällt noch immer in den kleinen schwarzen Schacht des Hofes. Grau Wolken jagen am Himmel entlang. Eine düstere, feuchte Herbstnacht überzieht die Stadt.

Das Licht in der Küche erlischt, und das schmale, winzige Fenster des Mädchenzimmers erhellte sich. Das Fenster wird geöffnet. Ein Mädchenkopf, von dem man nur die Umrisse erkennen kann, beugt sich zum Fenster hinaus.

Endlich Feierabend! Die Küche ist in Ordnung. Nun hat das Mädchen vielleicht noch eine halbe Stunde vor dem Schlafengehen für sich. Eine kurze halbe Stunde, die ihr ganz allein gehört. Aber sie ist zu müde, um etwas anderes damit anzufangen, als hier am Fenster zu stehen und in die regenfeuchte Nacht hinauszustarren.

So verbringt man seine Jugend, seine besten Jahre in der Großstadt. So wird man langsam alt — in fremden Wohnungen, unter fremden Menschen, die immer von oben auf einen heruntersehen, für die man putzen und scheuern, kochen und waschen muß. Frühmorgens um 3/6 klingelt der Wecker, beginnt der Tag. Abends um 9 oder 10 ist man endlich fertig. Alle vierzehn Tage ein freier Sonntag: Was ist das schon für ein Leben! Gar keins oder doch nur eins der Allerärmlichsten. Schlafen — das ist vielleicht immer noch das Beste, was einem da übrig bleibt.

So kommen, wenn man den Kopf jetzt in die Hände stützt, Gedanken angefloten. Trübe, furchtsame, die man verschrecken möchte, und die doch zäh sind und immer wiederkehren. Vielleicht wandern sie auch nach Hause. In ein kleines Dorf. In eine kleine Landstadt. Wer weiß, wie viele Kilometer weit man mit der Bahn dorthin fahren muß. Und wie mag es zu Hause aussehen? Ob der Vater wieder Arbeit hat? Es ist schon so lange kein Brief mehr gekommen. Manchmal ist es sogar, als hätte man das Zuhause verloren. So lange ist man schon in der fremden Stadt...

Der Himmel liegt wie ein feuchter Sack schwer auf den Häuserblöcken der Stadt. Unablässig fällt der Regen. Das Licht in der Mädchenkammer ist erloschen...



# Sozialpolitik



## Familienkrankenpflege

Die neuen Bestimmungen der Verordnung über Krankenversicherung haben die bisher als Mehrleistung der Krankenkassen gewährte Familienkrankenpflege zur Pflichtleistung gemacht. Versicherte, die innerhalb der letzten sechs Monate mindestens drei Monate auf Grund eines Reichsgesetzes für den Fall der Krankheit versichert waren, erhalten für den Ehegatten und die unterhaltsberechtigten Kinder, sofern diese nicht versichert sind, bis zur Dauer von 13 Wochen ärztliche Behandlung im gleichen Umfang wie die Versicherten. Die Kosten für Arznei und kleinere Heilmittel sind zur Hälfte vom Versicherten zu tragen.

Als Kinder zählen neben den ehelichen Kindern die für ehelich erklärten oder an Kindes Statt angenommenen Kinder, ferner die unehelichen Kinder des oder der Versicherten, sowie die Stiefkinder und die Enkel, wenn sie vor Eintritt des Versicherungsfalles vom Versicherten überwiegend unterhalten worden sind.

Diese Umwandlung einer bisher freiwilligen Leistung der Kassen zur Pflichtleistung aller Kassen bringt an sich keine wesentliche Erweiterung der Kassenleistungen, da diese Leistung bei den weitaus meisten Kassen schon vor der Notverordnung gewährt wurde. Die Verordnung beschränkt sich jedoch nicht allein auf die zu gewährenden Mindestleistungen, sie spannt auch den Rahmen für die Höchstleistungen der Familienhilfe.

Die Satzung kann als Mehrleistungen vorsehen: Dauer der Familienkrankenpflege bis zu sechs Wochen. Die Leistung kann auch auf sonstige, über den Kreis der oben genannten Angehörigen ausgedehnt werden, wenn sie mit dem Versicherten in häuslicher Gemeinschaft leben und von ihm ganz oder überwiegend unterhalten werden. Die Satzung kann auch bestimmen, daß bis zu siebenzig vom Hundert der Kosten für Arznei und kleinere Heilmittel erstattet werden, sowie Hilfsmittel, Stärkungs- und andere als kleinere Heilmittel zugebilligt oder ein Zuschuß dafür gewährt wird. Auch kann durch die Satzung Krankenhauspflege für die Angehörigen gewährt oder ein Kostenzuschuß der Kasse festgelegt werden.

Durch die Verordnung werden nicht unbeträchtliche Mittel der Kassen freigesetzt. Denn durch die nicht unerheblichen Minderungen der Barleistungen, Gewährung des Krankengeldes erst vom vierten Tage der Arbeitsunfähigkeit ab, sowie anderer Einsparungen, wie Krankenschein- und Verordnungsgebühren, ist die Einführung anderer Mehrleistungen, besonders auf dem Gebiete der Familienfürsorge, ein Tor geöffnet. Es ist viel von Rationalisierung der Krankenversicherung gesprochen und geschrieben worden. Die allmähliche Einführung obiger Mehrleistungen wäre auch eine Rationalisierung, und nicht im schlechten Sinne des Wortes. Denn Kinderfürsorge und Mutter- und Kinderschutz zählen zu den Vorbeugungsmaßnahmen, welchen auch die Träger der Krankenversicherung in der heutigen Zeit der Volkswirtschaft erhöhte Aufmerksamkeit schenken müssen. Darum sollten die Kassenführungen keine Bedenken tragen, durch Ausnutzung des Höchstmaßes der Beiträge der Verwirklichung dieser Forderungen zum Durchbruch zu verhelfen. Die Versicherten haben ein Anrecht darauf, daß ihren Angehörigen weitestgehende Fürsorge auch auf dem Gebiete der Krankenversicherung zuteil wird.

## Sind Krankenschein- und Verordnungsgebühren auch bei der Wochenhilfe zu entrichten?

Nach der Notverordnung über Krankenversicherung hat der Versicherte bei der Lösung eines Krankenscheins in der Regel 50 Pf. zu entrichten. Das gleiche gilt auch für die Familienhilfe. Bei der Abnahme von Arznei, Heil- und Stärkungsmitteln muß der Versicherte von den Kosten jeder Verordnung ebenfalls 50 Pf., jedoch nicht mehr als die wirklichen Kosten, an die abgebende Stelle zahlen. Enthält das Verordnungsblatt (Rezept) mehr als eine Verordnung, so ist der Betrag nur einmal zu zahlen. Bei der Familienhilfe werden von den Kosten für Arznei und kleinere Heilmittel die Hälfte von den Krankenkassen getragen.

Bei der Wochen- und Familienwochenhilfe kommen diese Krankenschein- und Verordnungsgebühren in Fortfall. Bei der Inanspruchnahme dieser Leistungen ist weder eine Krankenscheingebühr zu entrichten, noch ist bei der Entnahme von Arznei und Heilmitteln Zahlung zu leisten.

Bei der Leistung der Wochenhilfe besteht nur die gesetzlich vorgeschriebene Wartezeit. Diese Leistung darf nach dem Gesetz nur an solche weibliche Versicherte gewährt werden, die in den letzten zwei Jahren vor der Niederkunft mindestens zehn Monate hindurch auf Grund der Reichsversicherungsordnung oder bei dem Reichsnachschaffungsverein gegen Krankheit versichert waren. Von den im Gesetz geforderten zehn Monaten (300 Tage) müssen mindestens sechs Monate in das letzte Jahr vor der Entbindung entfallen. Die gleiche Vorschrift gilt auch für die Familienwochenhilfe. Der Versicherte, dessen Ehefrau oder Tochter die Familienwochenhilfe in Anspruch nehmen will, muß gleichfalls die für die Wochenhilfe vorgeschriebene Mittelschaftsdauer nachweisen.

Daß von dem im Gesetz geforderten Versicherungszeiten vier Monate in das vorletzte Jahr vor der Niederkunft entfallen müssen, ist nicht erforderlich. Es genügt, daß zu der für das letzte Jahr vor der Niederkunft geforderten sechsmonatigen Versicherungszeit noch eine mindestens viermonatige Versicherungszeit während der beiden letzten Jahre vor der Entbindung hinzutritt. Die zehn oder sechs Monate können auch durch Erwerbslosenkrankenversicherung zurückgelegt sein.

## Errichtung neuer Krankenkassen

Die Notverordnung über Krankenversicherung hat erfreulicherweise die Errichtung neuer Krankenkassen dadurch erleichtert, daß die beteiligten volljährigen Versicherten der Errichtung in geheimer Abstimmung zustimmen müssen. Diese Vorschrift gilt für alle Kassenarten: eine Ausnahme gilt nur noch für solche Betriebskrankenkassen, die gemäß § 249 RVO vom Betriebsratsrat angeordnet werden. Bisher konnte ein Unternehmer beim Vorliegen der übrigen gesetzlichen Bedingungen eine Betriebskrankenkasse gründen, wenn die Zustimmung der Betriebsvertretung vorlag. Die Worte „mit Zustimmung des Betriebsrats“ in § 245 RVO sind gestrichen. Die Unternehmer sind nunmehr bei Errichtung von Betriebskrankenkassen unter allen Umständen an die Zustimmung der beteiligten volljährigen Versicherten gebunden. Das OVA darf die Genehmigung nur dann erteilen, wenn die beteiligten volljährigen Versicherungspflichtigen der Errichtung mit Mehrheit zustimmen haben.

Mit dem Wort „Beteiligte“ sind die Versicherten gemeint, die zu errichtenden Kasse angehören müßten. Die Abstimmung über die Errichtung ist geheim und nach Gruppen getrennt durch das Versicherungsamt vorzunehmen. Das Ergebnis ist für die Genehmigung der zu errichtenden Kasse zuständigen Stelle mitzuteilen. Erklärt sich die Mehrheit der Versicherten

## Was leistet die deutsche Invaliden-Versicherung?

Unter diesem Titel ist eine Schrift des Reichsverbandes deutscher Landesversicherungsanstalten erschienen, die in bildhafter Darstellung den wirtschaftlichen und gesundheitlichen Wert der Invalidenversicherung für den einzelnen und das Gesamtwohl erkennen läßt. Die in dieser Schrift angeführten Zahlen reden eine deutliche Sprache von der Entwicklung und dem Wirken dieses Zweiges der Sozialversicherung.

Die Zahl der zu betreuenden Volksgenossen beträgt 18 1/2 Millionen Versicherte mit 15 Millionen Angehörigen und 3 1/2 Millionen Rentempfängern, wovon 60 vH auf die männliche Bevölkerung entfallen. 770 Millionen Wochenbeiträge im Gesamtwert von 1,1 Milliarden M werden jährlich in sieben Lohnklassenbeitragsarten entrichtet, dessen Höhe nach dem Einkommen gestaffelt ist. Die Gesamteinnahmen der Invalidenversicherung (Beiträge, Zinsen und Sonstiges) werden im Jahre 1930 1240 Millionen M erreichen, denen an Leistungen an die invalidenversicherte Bevölkerung durchschnittlich täglich 3 Millionen M gegenüberstehen.

Das Vermögen der Invalidenversicherung ist im Feuer der Inflation dahingeschmolzen. Das Kapitaldeckungsverfahren der Vorkriegszeit hat dem Umlageverfahren weichen müssen, das nur geringe Vermögensrücklagen gestattet, und in naher Zukunft die Versicherung zwingt, die Beiträge zu erhöhen, wenn nicht die augenblicklichen Leistungen gefährdet werden sollen. Die Leistungen der Invalidenversicherung gliedern sich in Regel- und Mehrleistungen. Regelleistungen bilden die Renten, deren jährlich 410 000 neu festgesetzt werden. 34 Millionen Rentempfänger empfangen jährlich 1250 Millionen M, 2 150 000 Versicherte, 580 000 Witwen und 670 000 Waisen. Die monatliche Höhe der neu festgesetzten Renten beträgt im Durchschnitt 1930 38 M, um gegen 1950 auf 55 M zu steigen, ohne Kinderzuschuß von je 10 M gegenüber einer Durchschnittsmonatsrente 1913 von 15,50 M und 6,70 M Kinderzuschuß. Die Rentenleistungen haben sich erhöht seit Bestehen der Invalidenversicherung (1891) von 9 Millionen M auf 187 Millionen Mark bis zum Beginn der Inflation (1917). 1924 betrug die Rentenlast 252 Millionen M, wird 1930 den Betrag von 890 Millionen M erreichen und sich im Jahre 1938 auf 1450 Millionen M belaufen.

Neben den Regelleistungen haben auch die Mehrleistungen an Umfang und Bedeutung zugenommen. Zur

Verhütung drohender Invalidität gewährt die Invalidenversicherung dem Versicherten oder dessen Witwe Heilverfahren, besondere Heilmittel wie Zahnersatz, Prothesen usw. Die Bekämpfung der Volkskrankheiten und die weitgehendste Fürsorge für tuberkulöse und rachitische Kinder wird in zahlreichen, zum Teil eigenen Heimen (118 mit 16 000 Betten) und zahlreichen Beratungsstellen tatkräftig und erfolgreich betrieben und gefördert. Außerdem werden für Zwecke der allgemeinen Gesundheitsfürsorge, zur Förderung des Säuglings- und Kleinkinderschutzes und zur Aufklärung der Bevölkerung über Maßnahmen vorbeugender Art erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt.

Allein 405 000 Heilverfahren mit einem Kostenaufwand von 70 Millionen M wurden im Jahre 1929 durchgeführt. Zuschüsse wurden geleistet in 240 000 Fällen für Zahnersatz, Prothesen usw. Die Heilerfolge waren außer bei Krebskrankheiten befriedigend. Zur Hebung der gesundheitlichen Verhältnisse der versicherten Bevölkerung wurden im Jahre 1929 26 Millionen M aufgewendet, wovon allein auf die Kinderfürsorge 7 697 000 M entfallen. Der nicht in Werten auszudrückende volkswirtschaftliche Vorteil der besonderen Mehrleistungen erhellt daraus, daß allein zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten im Jahre 1929 nicht nur 25 000 Heilverfahren durchgeführt, sondern in rund 250 Beratungsstellen 129 000 Personen untersucht und beraten wurden. Die Gesamtausgaben für freiwillige Leistungen stiegen in den Jahren 1895 bis 1929 von 1 auf 97 Millionen M.

Bleibe noch ein wichtiger Zweig zu erwähnen, und zwar die Hergabe von billigen Darlehnskrediten zum Bau von Arbeiterwohnungen, Krankenhäusern, Volksbädern, Wasserleitungen usw. mit dem Ziele zur Bekämpfung der Volkskrankheiten und des Wohnungselends. Die Gesamtsumme der gemeinnützigen Vermögensanlagen beträgt 488 Millionen M.

Krieg, Inflation und Arbeitslosigkeit und die hieraus geborene vermehrte Anfälligkeit der versicherten Bevölkerung bedingt eine erhöhte Bedeutung auch der Invalidenversicherung. Die Schäden einer übersteigerten Verschlichung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse erfordert eine bessere Betreuung der Arbeitskraft und in Verbindung hiermit eine großangelegte öffentliche Gesundheitsfürsorge zum Wohle der Gesamtheit.

mit der Errichtung nicht einverstanden, ist die Genehmigung zu versagen.

Durch diese Bestimmungen ist den Versicherten eine maßgebende Mitwirkung bei der Errichtung neuer Betriebskrankenkassen eingeräumt. Die Versicherten haben nach Errichtung neuer Betriebs- und Innungskrankenkassen kein Verlangen, handelt es sich für sie doch meist um ein Ausscheiden aus den Ortskrankenkassen.

Wenn auch durch die neuen Vorschriften wohl keine nennenswerte Verringerung der Zahl der bestehenden Kassen eintreten wird, so haben es die Versicherten doch in der Hand, einer weiteren Kassenzersplitterung vorzubeugen. Zu bedauern ist nur, daß die neuen Vorschriften keine Anwendung finden für die Fälle, wo Betriebe mit Betriebskrankenkassen ihren Betrieb durch Hinzunahme bisher selbständiger Betriebsteile erweitern. Denn die Versicherten solcher Betriebsteile gehören nach der Hinzunahme ohne weiteres der für den Stammbetrieb bestehenden Betriebskrankenkasse an (Entscheidung des Reichsversicherungsamts).

## Die Ursachen der Betriebsunfälle!

Über die Ursachen der Unfälle bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften veröffentlicht das Statistische Reichsamt eine Zusammenstellung, die für die Beurteilung der Unfallvorgänge nicht ohne Bedeutung ist. Wenn hier auch die vielen Umstände und Einzelheiten, die der Tragödie meistens vorangehen und oft den Ausschlag bei dem traurigen Ereignis geben, nicht erwähnt werden, so sind schon die reinen Zahlen eine Warnung an alle Arbeiter und Angestellten. Insgesamt ereigneten sich bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften, ohne Landwirtschaft und Bergbau, im Jahre 1928 rund 924 000 Unfälle, davon waren 4621 tödlich. Rund 57 000 Unfälle wurden entschädigt.

Die meisten Unfälle ereigneten sich beim Transport, und zwar 246 600, wovon 1428 tödlich verliefen. An Arbeitsmaschinen kamen 120 126 Unfälle vor, davon 209 mit tödlichem Ausgang. Der Zusammenbruch und Einsturz von Gegenständen erforderte 80 700 Unfälle, davon 426 tödliche. Auf dem Wege von und zur Arbeit ereigneten sich 51 000 Unfälle, wovon 542 einen tödlichen Ausgang nahmen. Weiter werden verzeichnet: beim Handwerkszeug 52 500 Unfälle mit 30 tödlichen; durch feuergefährliche heiße und ätzende Stoffe, auch Gase, 46 600 Unfälle mit 247 tödlichen; durch Fördermaschinen und Fördereinrichtungen 24 200 Unfälle mit 285 tödlichen Ausgängen. Durch Tiere wurden 8429 Unfälle davon 43 tödliche, herbeigeführt; durch Kraftübertragungsanlagen 6600, davon 332 tödliche; durch Kraftzeugungsanlagen 3200, davon 38 tödliche; durch Schweiß- und Schneideanlagen 3100, davon 21 tödliche; durch Explosivstoffe 429, davon 41 tödliche Unfälle usw.

Bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften betrug die Zahl der Unfälle 233 000, wovon 2788 tödlich verliefen. Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften kamen auf 1000 Vollarbeiter rund 93 Unfälle. Gestiegen gegenüber dem Vorjahre sind hauptsächlich die Unfälle auf dem Wege von und zur Arbeit. In den den Bergbehörden unterstellten Betrieben wurden im Jahre 1928 rund 150 000 Unfälle, davon 1362 tödliche, angemeldet. Hier waren die Unfälle durch Steinfall besonders zahlreich.

## Rückforderung von Fürsorgeleistungen

Den Fürsorgeverbänden steht ein Anspruch auf Rückerstattung der aufgewendeten Kosten gegen den Unterstützten zu, wenn dieser zu hinreichendem Vermögen oder Einkommen gelangt ist. Bei der Verwirklichung dieses Anspruchs ist weitestgehend Rücksicht darauf zu nehmen, daß nicht durch die Art der Kosteneinzahlung die wirtschaftliche Lage des Ersatzpflichtigen gefährdet wird. Der Pressedienst des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten weist auf einen Erlaß des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt hin, wonach die Fürsorgeverbände

beiden Bestimmungen nicht gerecht werden, wenn sie gegenüber Arbeitslosen, insbesondere langfristigen Arbeitslosen, die nach Durchlaufen der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung der öffentlichen Fürsorge anheimgefallen sind, allein aus der Tatsache der Wiederaufnahme von Lohnarbeit und des Lohnbezuges folgern, daß der Ersatzanspruch bereits entstanden ist oder geltend gemacht werden dürfte. Selbst wenn das Lohn-einkommen den Richtsatz der öffentlichen Fürsorge erheblich überschreitet, wird zunächst die Ersatzpflicht noch nicht gegeben sein, wenn zum Beispiel der Unterstützte während der Arbeitslosigkeit Schulden gemacht hat, die zunächst getilgt werden müssen, oder er oder seine Angehörigen in Kleidung und Ernährung derart zurückgekommen sind, daß zur Erhaltung der Arbeitsfreudigkeit und der Arbeitskraft zunächst einmal Anschaffungen und Ausgaben gemacht werden müssen. Erst wenn solche vordringlichen Bedürfnisse nicht mehr vorliegen oder befriedigt werden könnten, kann von hinreichendem Einkommen gesprochen werden, das die Geltendmachung des Ersatzanspruches rechtfertigen könnte. Aber auch dann muß bei der Einziehung, insbesondere durch Zulassung angemessener Teilzahlungen, vermieden werden, daß der in Anspruch Genommene oder seine Angehörigen alsbald wieder in Not, die nicht gerade Hilfsbedürftigkeit zu begründen braucht, gerät.

## Alkohol und Krankheit

Daß die Einverleibung größerer Mengen alkoholhaltiger Getränke (Branntwein, Bier, Wein) zur Berausung führt und daß dieser Vorgang nicht schön, sondern wegen des damit verbundenen Verlustes der Selbstbeherrschung sehr gefährlich ist, braucht kaum näher auseinandergesetzt zu werden. Ebensovienig brauchen die Unzuträglichkeiten geschildert zu werden, die die eigentliche Trunksucht im Gefolge hat, jene ausgeprägte Erscheinungsart des Alkoholmißbrauchs, bei der den befallenen Personen das Trinken von Schnaps, Bier und Wein in bis zur sinnlosen Berausung führenden Mengen zu einem unabwiesbaren Bedürfnis wird, das in stets kürzeren Zeiträumen Befriedigung erheischt. Ein nüchterner Bericht über alle Schädigungen der Trunksucht, die in ihren ausgeprägten Formen als eine besondere Art geistiger Erkrankung aufzufassen ist, könnte ja auch kaum eine Vorstellung von der Summe des Elends, des Jammers und der Sorge geben, die weniger vom Trinker selbst, als von seinen Angehörigen ertragen werden muß. Hätte es die Bekämpfung der Einverleibung geistiger Getränke nur mit dem Rausch und der eigentlichen Trunksucht zu tun, so wäre ihre Aufgabe einfach. Sie wäre dann des Einverständnisses der überwiegenden Mehrzahl der Bevölkerung sicher und es würden sich ihr nicht jene Vorurteile in den Weg stellen, die von im übrigen ganz vernünftigen, ehrenhaften und soliden Leuten vertreten werden und besonders bei uns in Deutschland nur allzu sehr verbreitet sind. Verhängnisvoller, weil allgemeiner verbreitet als die verabscheute Trunksucht, ist der gewohnheitsmäßige Gebrauch der alkoholischen Getränke, der sich in den Grenzen der Wohlstandigkeit hält und doch ausreicht, im Laufe der Jahre schwere krankhafte Veränderungen im menschlichen Körper hervorzurufen. Die Regelmäßigkeit und Häufigkeit des Trinkens ist hier das eigentlich schädigende Moment, hinter dem die Menge der jeweilig eingeführten alkoholischen Getränke an Bedeutung zurücktritt. Diese Erkenntnis wurde erst durch das Aufblühen der medizinischen Wissenschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts gewonnen. Es ist das Verdienst der Ärzte, auf fast allen Spezialgebieten ihrer Wissenschaft ursächliche Beziehung zwischen dem Alkoholgenuß und den krankhaften Veränderungen im Bau und Funktion des menschlichen Körpergewebes nachgewiesen zu haben, von denen man bis dahin sich nichts hatte träumen lassen.

Prof. Dr. med. A. Grotjahn.  
(Aus der Broschüre: „Ein Feind der Gesundheit“ [Preis 20 Pf.], Verlag: Deutscher Arbeiter-Abstinenz-Bund, Berlin SO 16, Engelauer 24/25.)



# Verbandsleben



## An die toten Bergleute

Millionen Flammen schreien  
Euren Tod in das Land!  
In allen Lichterfunken  
Liegt einer von euch verbrannt!

Millionen Volte spannen  
Eure Kraft über Land!  
In jeder Kilowattstunde  
Liegt einer von euch verbrannt!

Im Blitzen der Schienenstränge,  
Im Schein der Kohlenglut,  
Liegt ihr übereinander,  
Verbrannt, zerfetzt, im Blut!

Der Funken eurer Hacken  
Springt euch in Flammen an!  
Und gräßliches Ermorden  
Zerschmettert Mann um Mann!

Die Berge brechen nieder!  
Der Grubensumpf schwellt Rauch!  
Die Erde taumelt in Wehen,  
Atmet todsüßen Hauch!

Dreihundertachtundfünfzig  
Liegen aufgebahrt!  
Dreihundertachtundfünfzig ...  
„Glückauf! — Zur letzten Fahrt!“

C. P. Hiesgen

## Neuregelung der Krisenunterstützung

Ab 3. November tritt eine Änderung in der Krisenunterstützung ein. Teilweise Verbesserungen und Verschlechterungen sind in den beiden Verordnungen des Reichsarbeitsministers vom 11. Oktober enthalten. Von besonderer Wichtigkeit ist folgendes:

1. In Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern ist die Krisenunterstützung ohne besondere Zulassung den Angehörigen aller Berufsgruppen zu gewähren. In den übrigen Orten oder Bezirken haben die Vorsitzenden der Landesarbeitsämter das Zulassungsrecht.

2. Die bisherigen Einschränkungen innerhalb der bereits jetzt zugelassenen Berufsgruppen gelten weiter, auch in Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern.

3. Ausgeschlossen vom Bezug der Krisenunterstützung sind Berufsgruppe Landwirtschaft und häusliche Dienste sowie alle Arbeitslosen unter 21 Jahren.

4. Nur wer von der Arbeitslosenversicherung ausgestellt ist, kann Krisenunterstützung erhalten. Die Höchstbezugsdauer beträgt 32 Wochen (bisher 30 Wochen). Für Arbeitslose, die das 40. Lebensjahr vollendet haben, kann der Vorsitzende des Arbeitsamtes oder die Spruchbehörde die Bezugsdauer bis auf 45 Wochen verlängern (bisher 32 Wochen).

5. Zur Neuregelung der Krisenunterstützung dürfen nur die Arbeitslosen zugelassen werden, die nach dem 3. November ausgestellt werden. Für bisherige Bezüher gelten die bisherigen Bestimmungen, und zwar bis zum 10. Januar 1931. Ab 10. Januar 1931 scheiden alle jene Bezüher aus, die ihren Höchstsatz nach der neuen Verordnung in Höhe von 32 bis 45 Wochen erreicht oder überschritten haben. Wer am 10. Januar 1931 nicht mehr als 36 Wochen Unterstützung bezogen hat, scheidet bereits am 17. Januar 1931 aus.

6. Die Arbeitslosen mit kurzen Anwartschaften nach § 101 Abs. 2 AVAVG (13 Wochen versicherungspflichtige Beschäftigung) scheiden auf alle Fälle am 28. März 1931 aus der Unterstützung aus. Die Krisenunterstützung wurde aber auch in ihren Unterstützungssätzen neu geregelt, das heißt gekürzt. Und zwar beträgt sie für Arbeitslose mit mindestens einem zuschlagsberechtigten Angehörigen

statt Lohnklasse 9 bis 11 die Lohnklasse 7  
statt Lohnklasse 7 bis 8 die Lohnklasse 6  
statt Lohnklasse 6 die Lohnklasse 5

Für Arbeitslose ohne Angehörige

statt Lohnklasse 9 bis 11 die Lohnklasse 6  
statt Lohnklasse 7 bis 8 die Lohnklasse 5  
statt Lohnklasse 5 bis 6 die Lohnklasse 4

Die Familienzuschläge werden aus den Krisenunterstützungsklassen berechnet:

Die Krisenunterstützung wird wie bisher nur bei Bedürftigkeit gewährt. Gelegenheitsverdienst bis zu 20 vH der Unterstützungssätze wird nicht angerechnet. Die übrigen Einkommen des Arbeitslosen selbst sowie seines Ehegatten, der Eltern, Voreltern und Kinder werden auf die Krisenunterstützung angerechnet. Dabei sind 20 M die Woche aus dem Verdienst jedes einzelnen Angehörigen frei. Für jede unterhaltspflichtige Person, die der Angehörige zu erhalten hat, erhöht sich die Freigrenze um 10 M. Zum Beispiel der Sohn erhält Krisenunterstützung. Der Vater geht in Arbeit und verdient 60 M die Woche. Im Haushalt sind noch Frau und zwei unterstützungspflichtige Kinder. Somit bleiben zurechnungsfrei 20 M und dreimal 10 = 30 M. Die Krisenunterstützung des Sohnes wird also um 10 M die Woche gekürzt, da der Vater 60 M verdient.

Vollständig zurechnungsfrei bleiben Arbeitslosenunterstützung, Aufwandsentschädigung für die Ausübung öffentlicher Ehrenämter, soweit sie die tatsächlichen Mehraufwendungen nicht übersteigen, Leistungen aus der Wochenhilfe und Familienwochenhilfe, Übergangsgeldern für Berufskrankheiten, Pflegezulagen, Fahrerkinderzulage, Zusatzrente nach dem Reichsversorgungsgesetz, Pflegegeld aus der Unfallversicherung, Leistungen aus der öffentlichen Fürsorge und Wochenfürsorge.

Das Einkommen der Angehörigen, das bereits auf die Unterstützung eines Arbeitslosen selbst oder eines seiner Angehörigen angerechnet wurde, darf bei der Krisenunterstützung nicht noch einmal als Einkommen angerechnet werden. Kleines Vermögen, insbesondere Spargroschen, angemessener Hausrat oder kleines Hausgrundstück, das der Arbeitslose ganz oder zum größten Teil mit seinen Angehörigen bewohnt, darf bei der Berechnung der Bedürftigkeit nicht in Betracht gezogen werden. Das Bestehen familienrechtlicher Ansprüche muß jedoch geprüft werden, auch wenn der Arbeitslose außerhalb des Haushalts seiner Angehörigen lebt.

den, auch wenn der Arbeitslose außerhalb des Haushalts seiner Angehörigen lebt.

Die Verordnungen bringen eine Ausdehnung der Bezugsberechtigten auf alle Berufe, zunächst allerdings nur in den größeren Gemeinden. Eine Entlastung für die Fürsorgelasten der Gemeinden bringen sie zunächst nicht, da die Arbeitslosen, die jetzt bereits in Wohlfahrtsfürsorge stehen, von der Krisenunterstützung nicht erfaßt werden, sondern nur jene, die ab 3. November neu ausgestellt werden. Die bisherigen Fürsorgeunterstützungsempfänger können also leider nicht in die Krisenunterstützung überführt werden.

Die Krisenunterstützungssätze sind durch die neue Verordnung um eine Lohnklasse, für Alleinstehende sogar um zwei Lohnklassen herabgesetzt worden. Der Kreis der Personen, die nach § 101 AVAVG zur Krisenunterstützung zugelassen werden sollen, ebenso die Höchstdauer der Krisenunterstützung für diese Gruppen soll jeweils durch den Vorsitzenden des Arbeitsamtes oder die Spruchbehörde besonders festgelegt werden.

Erst wenn die Vorsitzenden der Arbeitsämter oder die Spruchbehörden über die Ausdehnung der Verordnung auf die kleineren Gemeinden unter 10 000 Einwohner und die ländlichen Bezirke beschlossen haben, wird sich übersehen lassen, ob ein wesentlicher Vorteil oder eine Entlastung der Gemeinden geschaffen wurde.

## Wer hat die Betriebsgefahr zu tragen?

### Eine Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts

Hat der Unternehmer die Betriebsgefahr zu tragen, wenn die Stromzufuhr vom Elektrizitätswerk versagt? Mit dieser wichtigen Rechtsfrage für die Arbeiterschaft beschäftigte sich das Reichsarbeitsgericht am 1. Oktober. Der Kläger St. ist bei dem Stahl-Eisenwerk in Frankleben beschäftigt. Die Beklagte bezieht ihren Strom vom Kraftwerk in Groß-Kayna. Infolge einer Explosion im Elektrizitätswerk setzte der Strom aus. Dadurch sah sich die Beklagte gezwungen, den Betrieb zu unterbrechen. Der Kläger mußte infolgedessen an diesem Tage sechs Stunden mit seiner Arbeit aussetzen. Am 13. 12. wurde die Stromzufuhr erneut unterbrochen, da ein Sturm mehrere Leitungsmasten umgestürzt hatte. Auch an diesem Tage konnte der Betrieb nicht durchgeführt werden, wodurch der Kläger eine Lohneinbuße für 8 1/2 Stunden erlitten hat.

Die Beklagte Firma hat eine Bezahlung des Lohnausfalls abgelehnt. Der Kläger verlangt den Lohnausfall. Er behauptet, es liege ein Fall des Betriebsrisikos vor, das nach der Rechtsprechung vom Unternehmer zu tragen sei. Das Arbeitsgericht in Merseburg hat die Klage abgewiesen. Die gegen dieses Urteil eingelegte Berufung hatte keinen Erfolg. Das Landesarbeitsgericht in Halle wies sie als unbegründet zurück.

Um in dieser strittigen Frage eine grundsätzliche Entscheidung herbeizuführen, legte der Kläger und seine Organisation, der Deutsche Metallarbeiter-Verband, Revision beim Reichsgericht ein. Sie hatte Erfolg. Das vorinstanzliche Urteil wurde aufgehoben und die Beklagte verurteilt, dem Kläger den Lohn für die Arbeitsaussetzung zu zahlen. Die Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts besagt, daß der Lohnausfall des Klägers durch Elektrizitätsmangel entstanden sei. Nach der bisherigen Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts habe der Unternehmer das Betriebsrisiko zu tragen. (RAG 193.30.)

## Otto Handke Jubilar

Am 12. November vollendet sich das Vierteljahrhundert, seit Otto Handke in den Diensten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes trat. Schon manches Jahr vor seiner Anstellung war er ehrenamtlich für die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung tätig. Eine Reihe Ehrenämter, die er für die Sozialdemokratische Partei verwaltete, legte davon Zeugnis ab.

Frühzeitig ist der Jubilar mit der Arbeiterbewegung in Berührung gekommen, denn sein Vater, ein armer Knopfmacher, war schon unter dem Sozialistengesetz wacker für die Sozialdemokratie tätig. Nach der Dreierlehre ging Handke auf die Walze; das brachte allerlei Unbill, aber auch eine festere Zuneigung zur Arbeiterbewegung ein. Nach der Rückkehr in die Berliner Heimat fand er 1896 den Weg zum Metallarbeiter-Verband. Bald war er Vertrauensmann und stand in erster Reihe. Das Wirken in den Betrieben war aber meist von kurzer Dauer, denn die Kühnheit für den neuen Metallarbeiter-Verband in den Betrieben zu werben, mußte zumeist mit dem Verlust des Arbeitsplatzes geübt werden. Ungeachtet dieser Folgen warb Handke weiter für den Verband. Er wurde Bezirkskassierer in dem arbeiterreichen Norden Berlins, und 1905 erfolgte dann seine Anstellung als zweiter Bevollmächtigter der Verwaltung Berlin. Damit war ihm die Möglichkeit gegeben, seine volle Kraft und sein großes Wissen in den Dienst des Verbandes zu stellen. Sein kollegiales, höfliches Wesen verhalf ihm zu großer Beliebtheit in Kollegenkreisen. 1912 wurde er als Bezirksleiter in den schlesischen Bezirk nach Breslau berufen. Hier wirkte er bis 1921 mit vollem Erfolg, dann folgte er dem Rufe nach Stuttgart in den Verbandsvorstand. Als Vorstandsekretär hat sich Kollege Handke in den zehn Jahren seiner Tätigkeit voll und ganz bewährt, und es steht zu erwarten, daß der rüstige 57jährige noch manches Jahr mit Fleiß und Erfolg für die großen Ziele der deutschen Metallarbeiterschaft wirken wird. Wir wünschen ihm das Beste für sein ferneres Wirken.

## Anerkennung den Berliner Metallarbeitern

Es sind während unseres zweiwöchigen Kampfes in Berlin eine ganze Anzahl Schreiben eingegangen, worin den Kämpfern Anerkennung und Sympathie ausgedrückt wird. Jetzt beginnen derartige Schreiben auch vom Auslande einzutreffen. Wir lassen eins hier folgen, das vom Britischen Maschinenbauerverband, Bezirk London, stammt. Es lautet:

Die Londoner Bezirkskommission des Maschinenbauerverbandes nimmt mit Interesse Kenntnis von dem Kampfe der Berliner Metallarbeiter, die der Lohnkürzung widerstehen, die ihnen die Unternehmers anerkennen wollen. Ich bin beauftragt, Ihnen unsere Anerkennung des Kampfes auszudrücken und Ihren Mitgliedern in ihrem Bestreben, dem Druck der Unternehmers zu widerstehen, jeden Erfolg zu wünschen.

Brüderlich Ihr

Thomas Kibbs  
Londoner Bezirkssekretär.

Die Arbeiterbank erhöht die Zinsen für Sparanlagen. In Anbetracht der Herabsetzung des Diskontsatzes der Reichsbank erhöht die Arbeiterbank vom 1. November 1930 ab ihre Zinssätze für Sparanlagen für tägliches Geld auf 5 vH, für monatliches Geld auf 5 1/2 vH und für vierteljähriges Geld auf 6 vH. Die Bank der Gewerkschaften bemüht sich mithin, die Zinssätze für Spargelder der Geldvertreter auszugleichen. Ein Grund mehr für die Arbeiterschaft, ihre Spargelder der Arbeiterbank zu übergeben.

## Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin  
Fernsprecher: Dönhoff 6750-6753

Mit Sonntag, dem 9. November ist der 46. Wochenbeitrag für die Zeit vom 9. bis 15. November 1930 fällig.

Der 19. Verbandstag in Berlin hat eine neue Beitragsklasse mit dem Wertaufdruck 36/4 auf der Beitragsmarke beschlossen. Diese Klasse 3b gilt für invalide ausgesteuerte nichtbezugsberechtigte Mitglieder die Anspruch auf Invalidenunterstützung erwerben wollen. Die neue Beitragsmarke kommt ab 40. Beitragswoche (28. September 1930) zur Verwendung.

## An die auswandernden Mitglieder

Mitglieder, die im Ausland reisen und kein Reisegeld erhalten müssen zur Erhaltung ihrer Mitgliedschaft, unter Einsendung ihres Mitgliedsbuches, beim Verbandsvorstand in Berlin Stellung der Beiträge beantragen.

Im Ausland arbeitende Mitglieder, die an ihrem Arbeitsort Wohnort einer Metallarbeiterorganisation nicht beitreten zu einer solchen nicht übertreten können haben sich nach Abs. 5 und § 34 des Verbandsstatuts unter Einsendung ihres Mitgliedsbuches beim Verbandsvorstand als Einzelmitglied anmelden.

Bei Nichtbeachtung dieser statutarischen Bestimmungen verlischt die Mitgliedschaft und kann nach etwaiger Rückkehr erloschene Mitgliedschaft nicht fortgesetzt werden.

Die Ortsverwaltungen werden dringend gebeten, die Kollegen die sich zu einer Reise ins Ausland oder zur Auswanderung melden, auf die statutarischen Bestimmungen aufmerksam zu machen.

## Gestohlen wurde:

Mitgliedsbuch Nr. 6 059 898, lautend auf den Metallarbeiter Gustav Eitze, geb. am 7. März 1898 zu Blankenburg a. (Blankenburg a. H.).

Mitgliedsbuch Nr. 1 557 701 lautend auf den Metallarbeiter August Loth, geb. am 19. Juni 1884 zu Wickede. (Gev. berg.)

Mitgliedsbuch Nr. 6 522 896 lautend auf den Metallarbeiter Richard Brachwitz, geb. am 1. Juli 1902 zu Schwab (Treuenbrietzen.)

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

## Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten

von Metallarbeitern aller Branchen nach Hameln A.;  
von Metallrücken nach St. Louis in Ober-Elsaß (F. u. ninger, Aluminiumfabrik) D.;  
von Silberarbeitern nach Burgdorf Hann. A. u. St.;  
von Werftarbeitern nach Bodenwerder bei Hameln A.

L = Lohnbewegung, D = Differenzen, v St = Streik  
Sicht: St = Streik; M = Maßregelung; M1 = Mißbrauch  
A = Aussperrung

Anträge zur Verhängung von Sperrern müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn ein betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erkundigungen bei der zuständigen Ortsverwaltung oder wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist bei der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzustempeln.

## Verbandsanzeigen

Gesucht wird der Former August Miete, geboren am 26. November 1904 in Osnabrück. Wer etwas über seinen Aufenthaltsort weiß, ist gebeten, es der Verwaltungsstelle des DMV, Osnabrück, Kollegienwall 14, mitzuteilen.

## SCHRIFTENSCHAU

Änderungen in der Krankenversicherung. Mit Begründungen, Erläuterungen und Ausführungsbestimmungen. Von Helmut Lehmann. Preis 1,80 M. Verlagsgesellschaft deutscher Krankenkassen, Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137. Die gesetzlichen Krankenversicherung sind durch die bekannte Notverordnung einschneidende Veränderungen vorgenommen worden. In der vorliegenden Schrift hat Helmut Lehmann, Geschäftsführender Vorsitzender des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen, diese neuen Vorschriften in klarer, übersichtlicher Form den bisher geltenden gesetzlichen Bestimmungen gegenübergestellt.

Die Notverordnung über die Arbeitslosenversicherung. Erläuterungen zu den Abänderungsvorschriften und Wiedergabe des Wortlauts der Notverordnung. Gemeinsam mit Dr. Friedrich Berndt, Margarete Ehlert, Dr. Bernhard Lehfeldt und Dr. Friedrich Syrup, Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, erläutert von Dr. Oscar Weigert, Geheimer Regierungsrat, Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium (Bücherei des Arbeitsrechts, Neue Folge, Band 6 e.) 64 Seiten, Oktav in Ganzleinenband 2,80 M. 1930. Verlag von Reimold Hobbing, Berlin SW 61.

Das ABC des Young-Plans und der Haager Gesetze. Von Dr. Ludwig Riederer. Preis 1,50 M. Verlag von Reimold Hobbing in Berlin SW 61. Diese kurzgefaßte, gemeinverständliche Darstellung von Inhalt und Wirkung des „Neuen Plans“ soll aufklären, welche Lasten das deutsche Volk zu tragen hat.

Grenzen der Macht des Reichsgerichts — Mahnwort an die Laien. Ein Versuch, die irrige Auffassung vieler Laien zu zerstreuen, daß das Reichsgericht als der oberste Gerichtshof eine Art himmlischer Gral wäre, der mit seiner Macht jeden ungerechten Richterspruch beseitigen könnte. Zugleich ein Mahnwort an den Laien, sich selbst um sein Recht zu kümmern; ein Fingerzeig für den Nichtjuristen, wie er zu den heute auch für den Laien nötigen juristischen Kenntnissen und zu seinem Recht gelangt. Das kleine Heftchen, das auf den Umschlagseite viele Proben der „Reichsgerichtsbriefe“ und Anerkennungen enthält, erscheint im Selbstverlag des Verfassers Karl Mißbach, Leipzig S 3. Preis 1 M.

# Revision der Reparationsverpflichtung

Wir haben kürzlich hier für die Revision oder eine zeitweise Aussetzung der Reparationsverpflichtungen plädiert. In ähnlichem Sinne hat sich ein paar Tage später der Ausschuss des ADGB ausgesprochen. Inzwischen hat eine mehr oder weniger geneigte Erörterung der schicksalsschweren Frage in der internationalen Presse eingesetzt. Heute lassen wir hier die Sache abermals beleuchten. Der ungeheuren Schwierigkeiten einer Änderung der Verpflichtung sind wir uns wohl bewußt. Daß die Lösung der Schwierigkeiten nur mit friedlich-sachlichen Mitteln und keineswegs mit Säbelgerassel und Revancheschrei unternommen werden darf, ist selbstverständlich.

Schriftleitung.

Das Reparationsproblem ist jetzt in eine neue Phase gelangt. Wir denken dabei nicht an die Wahlagitatio der Nationalsozialisten und Kommunisten, die in ihren Aufrufen die Verweigerung der Reparationszahlungen forderten. Diese Verweigerung würde den Krieg bedeuten, zumindest die Wiederbesetzung deutscher Gebiete. Sie könnte die wirtschaftliche Blockade gegen Deutschland, die es von den Rohstoff- und Lebensmittelmärkten des Auslands abschneiden würde, zur Folge haben. Und selbst in dem günstigen Fall, daß die unterbleiben würde, bedeutete eine solche Ablehnung die völlige Absperrung Deutschlands von den ausländischen Kapitalmärkten. Nicht nur könnte Deutschland keine neuen Auslandsanleihen erhalten, sondern würden auch die 7 bis 9 Milliarden M kurzfristige Anleihen des Auslandes, die die deutschen Banken dem Ausland schuldig sind, sofort zurückgezogen werden. Das wäre aber der völlige Zusammenbruch der Wirtschaft.

Ist die Verweigerung der Reparationsleistungen nicht möglich, so soll den Massen, die bei den Wahlen durch das Reparationsproblem aufgewühlt wurden und denen die falsche Ansicht beigebracht wurde, daß die gegenwärtige Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit nicht von der Rationalisierung, dem Mißverhältnis zwischen den einzelnen Teilen der Volkswirtschaft, dem Mangel an Auslandskapital und der Weltwirtschaftskrise, sondern von den Reparationsleistungen herrührt — diesen Massen soll doch etwas geboten werden. So entstand der Plan, einen Zahlungsaufschub (Moratorium) für die Reparationsleistungen zu erklären. Es steht uns auf Grund des Young-Plans das Recht zu, einen solchen Zahlungsaufschub jeden Augenblick für den größeren, den sog. geschützten Teil der Reparationslast zu erklären. (Etwa 700 Millionen Mark müssen nämlich unter allen Umständen übertragen werden, der Zahlungsaufschub kann sich auf diesen Teil nicht erstrecken.) Indessen tritt die Ankündigung des Aufschubs erst nach drei Monaten in Kraft und erst nach einem weiteren Jahr kann dann die Zahlung der Hälfte des geschützten Teiles der Jahresrate auf höchstens zwei Jahre aufgeschoben werden. Sonst bringt die Erklärung des Zahlungsaufschubs noch das Recht, nach Ablauf von drei Monaten die Übertragung der Reparationsleistungen aufzuschieben. Mit anderen Worten: Eine Erleichterung für das notleidende Budget des Reichs bringt der Zahlungsaufschub nicht; eine solche Erleichterung würde sich erst nach fünfzehn Monaten, und zwar für eine verhältnismäßig nicht hohe Summe (die Hälfte des geschützten Teils) ergeben. Die Reparationslasten müssen bis dahin weiter auf dem Steuerwege aufgebracht und auf das Konto der Bank für den internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) eingezahlt werden. Die andere Wirkung, die im Falle des Aufschubs schon nach drei Monaten in Kraft treten würde, nämlich die des Aufschubs der Übertragung der Reparationssummen durch die BIZ an die Gläubiger, ist aber zurzeit vollkommen überflüssig.

Wenn nun die Verweigerung der Reparationsleistungen nicht in Frage kommt, der Zahlungsaufschub aber, indem er zunächst keine Entlastung, dafür aber die Verschlechterung der Kreditfähigkeit bringt, kann dann zur Erleichterung der Reparationslasten nichts mehr geschehen? Wir sind nicht dieser Meinung. Vielmehr glauben wir, daß die Voraussetzungen für eine Revision des Young-Plans viel rascher gekommen sind, als es jemand bei der Annahme des Young-Plans denken konnte. Der Angelpunkt des Problems liegt in der Preisgestaltung.

Seit Inkrafttreten des Young-Plans sind die Preise aller Waren auf dem Weltmarkt in einem außerordentlich großen Umfang gesunken. Seit Mitte 1929 ist die allgemeine Preishöhe, gemessen am Index des englischen Handelsministeriums, um 13 vH, gemessen am dem des amerikanischen Arbeitsministeriums, um 14 vH, am dem des Statistischen Reichsamts, um 15 vH gesunken, im Durchschnitt also um 12 vH. Diese Entwicklung ist für die Schuldnerländer außerordentlich ungünstig. Sie müssen ihre Schulden in einem Geld abführen, dessen innerer Wert dank der Senkung der Preise höher geworden ist. Hinter der Geldbewegung stehen aber die Warenbewegungen, die durch das Geld nur vermittelt werden. Mit anderen Worten, man muß für denselben Schuldbetrag mehr Waren hergeben, als zuvor, solange der Geldwert geringer war. Verschärfend tritt hinzu, daß die Unterbringung dieser vermehrten Ausfuhrmenge auf dem Weltmarkt infolge der Weltwirtschaftskrise nicht möglich ist. Das Ausland, dessen Bevölkerung unter schwerer Wirtschaftskrise leidet, ist nicht fähig, mehr deutsche Waren aufzunehmen als bisher. Allerdings wird die hier geschilderte Lage dadurch erleichtert, daß Deutschland die eingeführten Rohstoffe billiger erhält, ja ist der Preisrückgang für die eingeführten Rohstoffe und Lebensmittel erheblich größer, als der Preisrückgang bei Waren, die von Deutschland ausgeführt werden. Diese Entwicklung kann jedoch die Zunahme unserer Belastung nicht ausgleichen.

Der Dawes-Plan enthielt nun die sog. Goldklausel, die für den Fall, daß der Geldwert sich um mindestens 10 vH nach oben oder nach unten verschiebt, die Abänderung der deutschen Verpflichtungen ermöglichen sollte. Bedauerlicherweise wurde diese Goldklausel in den Young-Plan nicht aufgenommen. Daß man auf die Goldklausel im Haag verzichtete, ist hauptsächlich der Tatsache zuzuschreiben, daß sich die Beteiligten über die Preisentwicklung eine falsche Vorstellung machten. Es wurde allgemein angenommen, daß die Preise für abseh-

bare Zeit ungefähr auf derselben Höhe bleiben würden, wie sie damals waren. Die Preisentwicklung gibt einen Anlaß, das Versäumte nachzuholen und die Revision der Verpflichtungen zu fordern.

Wir wollen die Schwierigkeiten einer Revision nicht unterschätzen. Die Gläubiger werden dieser Forderung zunächst entgegenhalten, daß diese Preisentwicklung möglicherweise nur die vorübergehende Folge der Weltwirtschaftskrise sei, und sobald diese aufhört, von einer aufwärtsgerichteten Preisgestaltung abgelöst werden wird. Es wird nicht leicht sein, den Beweis zu erbringen, daß die Neigung für sinkende Preise auch unabhängig von der Konjunktur vorhanden ist und von langer Dauer sein dürfte. Die meisten Volkswirtschaftler haben diese Überzeugung, die sich jedoch bei den Gläubigern nicht so leicht durchsetzen wird. Eine andere Schwierigkeit der Revision, die letzters vom Verhalten der Vereinigten Staaten abhängt, die die wirklichen Nutznießer des größten Teils der Reparationsleistungen sind, ist der Fehlbetrag im Haushalt der Vereinigten Staaten, der einen weiteren Vorwand gegen die Ermäßigung dieser Schulden bieten kann.

Auf der anderen Seite sind aber Kräfte da, die für einen Erfolg der Revision günstig sind. England muß viel daran liegen, da es selbst zur Tilgung seiner Kriegsschuld große Beträge an Amerika abführen muß, deren Last sich infolge der Preisgestaltung stark erhöht hat. Englische Unterhändler sollen über diese Frage in Amerika bereits verhandeln. Der Zwang in den Vereinigten Staaten, ihre Ausfuhr auszudehnen, dürfte einer Revision ebenfalls günstig sein, damit Deutschland nicht gezwungen wird, die amerikanische Ausfuhr mit neuen Preisunterbietungen auf dem Weltmarkt zu erschweren.

Die einmütige Forderung des deutschen Proletariats, wenn sie von ihren Kampfgenossen im Ausland kräftig unterstützt wird, könnte dagegen die Verhandlungen für eine Revision, so schwer und langwierig sie auch sein mögen, zum Erfolg führen.

A. H.

## Die tschechoslowakische Gewerkschaftsbewegung

J. B. Nach dem soeben erschienenen Bericht des Statistischen Staatsamtes gab es am 31. Dezember 1929 in Tschechoslowakei insgesamt 609 Gewerkschaftsverbände, die in 15 Gewerkschaftszentralen vereinigt sind. Die Zahl aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten betrug 1715 193, davon 324 231 Frauen. Gegen das Vorjahr haben sich die Verbände um 26 vermehrt, dagegen ist die Zahl der Organisierten um 18 800 gesunken. Die Zersplitterung der gewerkschaftlichen Organisationen hat also auch weiterhin Fortschritte gemacht. Demgemäß ist auch die durchschnittliche Mitgliederzahl, die auf einen Verband der Arbeitergewerkschaften entfällt, von 6103 auf 5507 gesunken, dagegen jene der Angestelltengewerkschaften von 1728 auf 1740 gestiegen. Eine gewisse Milderung ist dadurch eingetreten, daß durch Vereinbarung mit der freigewerkschaftlichen Landeszentrale der oppositionell-kommunistische Allgewerkschaftsverband, der 14 Verbände mit 75 946 Mitgliedern umfaßte, am 1. September 1930 in den der Landeszentrale angeschlossenen Verbänden aufgegangen ist. Da es in der Tschechoslowakei etwa 4 Millionen Erwerbstätige gibt, sind etwa 42 vH gewerkschaftlich organisiert.

Das könnte natürlich eine gewaltige Macht bedeuten, wenn es sich um eine einheitliche Organisation handelte. Dem ist aber leider nicht so. Vielmehr ruht die gesamte Last der gewerkschaftlichen Tätigkeit auf der gemeinsamen Landeszentrale, die mit ihren 562 750 Mitgliedern zwar die weitaus stärkste Gewerkschaftszentrale ist, jedoch nur etwa ein Siebtel aller Erwerbstätigen in sich vereinigt. Durch den Zuwachs des Allgewerkschaftsverbandes hat die Zahl ihrer Mitglieder 600 000 überschritten, gleichwohl verfügt sie über nicht mehr als etwa 35 vH der Organisierten. Dazu kommt noch, daß sie eigentlich in zwei völlig selbständige Gruppen zerfällt: die 52 Zentralverbände vereinigen 360 797 Mitglieder, darunter 64 121 Frauen, die 23 Verbände, die dem Deutschen Gewerkschaftsbund in Reichenberg angeschlossen sind, 201 953, darunter 54 118 Frauen. Wenngleich beide Zentralen nach außen als Einheit figurieren, so sind sie völlig selbständig, was natürlich keineswegs die Arbeit erleichtert. Eine völlige Vereinigung wäre besonders in der heutigen Zeit dringender denn je.

Unter den übrigen Gruppen spielen leider die Gewerkschaftsverbände, die überhaupt keiner Zentrale angeschlossen sind und den „Klassenkampf“ auf eigene Faust führen, eine ganz bedeutende Rolle. Es sind 257 mit 287 677 Mitgliedern, darunter 75 deutsche mit 34 849 Mitgliedern. Es handelt sich hier meist um die verschiedensten Angestelltengruppen, doch gibt es leider auch Arbeitergewerkschaften.

So bietet die tschechoslowakische Gewerkschaftsbewegung trotz ihrer zahlenmäßigen Stärke durchaus kein erfreuliches Bild. Statt daß die Zersplitterung endlich beseitigt würde, wird sie immer größer. Es sind die besonderen nationalen Verhältnisse, die hier ihren Ausdruck finden und dann nicht selten in Ständesdünkel umschlagen. Der Beamte mit Mittelschulbildung kann nicht mit dem Beamten mit Hochschulbildung in einem Verband sein, ebenso wenig mit jenem, der die Mittelschule nicht vollständig besuchte. Der Gewinner ist dabei immer der Unternehmer, der eine Organisation gegen die andere ausspielen kann.

Der Zusammenschluß der beiden freigewerkschaftlichen Zentralen sowie der Anschluß der ehemaligen Kommunisten war hier der einzige Lichtblick, eine völlige Verschmelzung der beiden freigewerkschaftlichen Zentralen angehörenden Verbände würde unserer Auffassung nach ganz wesentlich zu einer Stärkung des Einheitsgedankens beitragen.

## Die gewerkschaftliche Lage in Finnland

Aus Helsingfors wird uns unterm 13. Oktober geschrieben: Die Ursachen des Wirrwarrs in dem Gewerkschaftsbund Finnlands dürfen als bekannt vorausgesetzt werden. Nachdem die Kommunisten die Macht im Gewerkschaftsbund erobert hatten, begannen sie eine rücksichtslose kommunistische Parteipolitik in den Gewerkschaften zu treiben. Die Folge war, daß die Verbände die sich nicht zu einer solchen Politik bequemen konnten, den Gewerkschaftsbund verließen, und aus den Verbänden, die dort blieben, traten einzelne Abteilungen aus. Die Mitgliederzahl sank von 90 000 im Anfang 1929 auf 50 000 am Ende des Jahres, eine Abnahme, die noch weitergegangen ist. Die nichtkommunistischen Gewerkschafter bildeten im Herbst 1929 Finnlands Arbeiterverband, der die Aufgabe hatte, die ausgetretenen Verbände zu sammeln. Die Meinung war, daß, wenn eine genügende Anzahl von Abteilungen, die einen Beruf

bildeten, beisammen waren, diese einen eignen Verband bilden könnten.

Diese Entwicklung wurde durch die politischen Vorgänge beschleunigt. Nach der Entstehung der Lappobewegung wurden die Geschäftsstellen sämtlicher kommunistischen Verbände von den Behörden geschlossen, und wir hatten nur die aus dem Gewerkschaftsbund ausgetretenen Verbände und die neugebildeten Organisationen. Vor einigen Tagen verbot die Regierung die Tätigkeit der kommunistischen Gewerkschaften und forderte ihre Auflösung. Der Fall wird am 3. Februar 1931 behandelt und die Auflösung wird folgen.

Aber einige von den früheren kommunistischen Gewerkschaften, die Rechtskommunisten, haben die Unmöglichkeiten einer kommunistischen Gewerkschaftsbewegung eingesehen. Im Laufe des Sommers traten die Sozialdemokraten in Unterhandlung mit diesen. Dies führte zu einer Einigung. Man ist sich einig, daß eine neue Bewegung aufgebaut werden soll nach westeuropäischen Grundsätzen, die sich an den Internationalen Gewerkschaftsbund anschließt.

Dieselbe Entwicklung haben wir in dem Metallarbeiterverband gehabt. Mehrere Abteilungen traten geschlossen aus dem Verbands aus, und neue wurden gebildet, die sich an Finnlands Arbeiterverband anschlossen. Der Metallarbeiterverband gehört auch zu den Verbänden, die jetzt aufgelöst sind. Schon vor der Auflösung wurden Unterhandlungen zwischen dem Vorstand des Metallarbeiterverbandes und Finnlands Arbeiterverband gepflogen. Man war sich einig, daß ein neuer Metallarbeiterverband gebildet werden müsse. Man kam überein, die Unterabteilungen des Metallarbeiterverbandes aufzufordern, ihr Eigentum den Abteilungen des Arbeiterverbandes zu geben.

Nach diesem Einverständnis beschloß Finnlands Arbeiterverband, daß die Gründung des neuen Metallarbeiterverbandes am 16. November stattfinden soll. Unsere Überzeugung ist, daß dieser neue Verband alle Metallarbeiter Finnlands sammeln wird, natürlich mit Ausnahme der moskowitzisch-kommunistischen. Wir streben nach guter gemeinsamer Arbeit mit unserer Bruderorganisationen im Auslande.

## Der Frauenaufstand in Nigerien

Ende 1929 brach in der englischen Kolonie Nigerien ein Aufstand aus, von dem zwei große Bezirke mit etwa drei Millionen Einwohnern ergriffen wurden und der ausschließlich von Frauen, die zurzeit noch völlig entrechtet sind, organisiert und geleitet wurde. Die Männer gaben dazu ihr stillschweigendes Einverständnis. Zehntausende von Frauen demonstrierten gegen die Kolonialverwaltung. Ein Teil der Demonstranten zertrümmerte Geschäftslokale europäischer Unternehmungen und Bankfilialen. Der Aufstand wurde blutig niedergeschlagen; die kolonialen Truppen töteten 51 Frauen, und auch die Zahl der Verwundeten war sehr hoch.

Eine englische Regierungskommission wurde mit der Untersuchung der Ursachen des Aufstandes beauftragt. Die Kommission veröffentlichte kürzlich die Ergebnisse der Untersuchung. Der Hauptgrund für den Aufstand war die — angeblich unbegründete — Angst der Frauen, daß auch sie demnächst zur Steuerzahlung unmittelbar herangezogen werden. Seit zwei Jahren zahlt die männliche Bevölkerung Nigeriens direkte Steuern, die bezirksweise in einer Pauschalsumme festgesetzt und aufgeteilt werden. Die Steuerzahlung, an der die Frauen nur mittelbar beteiligt waren, belastete das Volk um so mehr, da der Preis des wichtigsten Ausfuhrartikels Nigeriens, das Palmöl, dauernd zurückging, während die Preise für die eingeführten Waren anstiegen. Ein weiterer Grund war die Unzufriedenheit mit den von der Kolonialbehörde eingeführten Dorfgerichten, gegen deren Sprüche eine Berufung nicht eingelegt werden kann. Die Kommission empfiehlt Maßnahmen zur Beruhigung der Bevölkerung und Verbesserung der Verwaltung: Das brutale Vorgehen der kolonialen Truppen, die eine große Zahl unschuldiger Frauen töteten, wird von der Kommission, wie zu erwarten war, gedeckt, wenn auch im Bericht gesagt wird, es sei die Schuld der Kolonialverwaltung, daß es überhaupt zum Aufstand kommen

## Fehlschlag der Gewinnbeteiligung in England

Am Ende des Jahres 1929 belief sich die Zahl der Unternehmen, die in Großbritannien und Nord-Irland die Gewinnbeteiligung für Arbeiter durchgeführt hatten, auf 486. Diese Unternehmen beschäftigten 531 000 Arbeiter, von denen 260 000 unter dem System der Gewinnbeteiligung beschäftigt waren. Die zur Anwendung kommenden Beteiligungssysteme sind recht verschiedener Art. Die meisten bestehen in der Auszahlung einer Prämie, andere in der Ausgabe von Aktien an Arbeiter. Diese Aktien werden entweder kostenlos oder zu besonders günstigen Bedingungen ausgegeben. Ungefähr ein Viertel der Unternehmen, in denen der Grundsatz der Gewinnbeteiligung durchgeführt wird, war im Jahre 1929 in Anbetracht der wirtschaftlichen Verhältnisse außerstande, die Gewinnbeteiligung auszuzahlen. Es muß festgestellt werden, daß während der letzten acht Jahre jedesmal eine beträchtliche Anzahl von Unternehmen, bei denen die Gewinnbeteiligung besteht, die fälligen Summen nicht auszahlen konnte. Dadurch wird der Wert dieser Einrichtung weiter vermindert. Unter den Zahlen für 1929 sind 165 Genossenschaften zu finden, die über 32 000 Arbeiter beschäftigen.

Die Beteiligung der Arbeiter am Gewinn ihres Unternehmens ist von jeher ein zweischneidiges Schwert gewesen. Er dient nicht zuletzt dazu, das Risiko der kapitalistischen Unternehmung auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Die deutschen Gewerkschaften lehnen die Gewinnbeteiligung entschieden ab. Sie betrachten es als ihre Aufgabe, dem Arbeiter einen Lohn zu verschaffen, der den Anforderungen genügt, die ein Arbeiter und seine Familie an das Leben stellen.

## Sentenzen

Die alte Manier, Geschichte zu schreiben, war, alles auf einzelne Persönlichkeiten zurückzuführen, die nach ihrem Willen, entweder durch ihre gewaltige Faust, mit Blut und Eisen, oder durch ihren gewaltigen Geist, mit genialer Staatsmanschaft, oder durch Verschwörungen die Welt nach ihrer Laune zurecht-kneteten. Die neuere, die philosophisch-kritische Geschichtsschreibung hat das Verkehrte dieser Auffassung gezeigt; sie geht von dem Grundsatz aus, daß die Entwicklung der Menschheit sich nach unabänderlichen Naturgesetzen vollzieht, daß die Geschichte sich, um an einem Hegelschen Ausdruck anzuknüpfen, von keinem Individuum überlisten läßt, und wäre es der größte Held oder der größte Schurke; kurz, daß die Menschengeschichte weder auf Schlachtfeldern, noch in den Palästen, weder in den Salons der Diplomaten, noch in den Kammern der Verschwörer gemacht wird; daß die offiziellen Geschichtsmacher, insofern sie nicht mythische Figuren, bei Licht betrachtet, sehr überflüssiges, meist sehr häßliches Beiwerk der Geschichte sind, und daß es für die Menschheit sehr gut wäre, wenn dieses Beiwerk durch Abwesenheit glänzte. Es ist bekannt, um ein Beispiel zu erwähnen, daß sämtliche Vorgänge der französischen Staatsumwälzung am Ende des vorigen Jahrhunderts von Zeitgenossen auf Verschwörungen des Hofes, des Herzogs von Orleans usw. zurückgeführt wurden; die vernünftige Geschichtsschreibung hat das Haltlose und Lächerliche dieser Annahme erwiesen und konstatiert, daß wohl viel konspiriert worden ist, daß aber die Konspirateure ungefähr ebensoviel Einfluß auf den Gang der Ereignisse gehabt haben, als das Handpferd auf die Bewegung des Wagens.

Wilhelm Liebknecht.

### Verbandstag der Bauarbeiter

Vom 28. September an tagte in Frankfurt a. M. der Bundestag des Deutschen Bauwerksbundes. Den Bericht des Vorstandes gab der Vorsitzende Bernhard. Die Arbeitslosigkeit der deutschen Bauarbeiter ist groß. Im Jahre 1929 zählte die Organisation durchschnittlich 28,9 vH Arbeitslose, im Jahre 1930 sogar 46,7 vH. Dieser Stand übertrifft bei weitem alles bisher Dagewesene. Trotzdem hat sich die Mitgliederzahl der Organisation gut gehalten. Der Bund zählte zur Zeit des Bundestages im Jahre 1927 400 000 Mitglieder, im September des vorigen Jahres eine halbe Million. Seit dieser Zeit ist der Mitgliederstand etwas zurückgegangen. Der Bund zählt heute 478 000 Mitglieder. Dies ist ein Zeichen von erfreulicher Stabilität angesichts der ungeheuren Arbeitslosigkeit.

Die starke Krise hat auch die Kassenverhältnisse des Bundes beeinträchtigt. Das Vermögen der Bundeshauptkasse, das Ende 1927 etwa 16 1/2 Millionen M betrug, konnte bis zum Jahreschluss 1929 auf 26 Millionen M gesteigert werden. Jedoch haben seitdem die Ausgaben die Einnahmen überflügelt. Wurden noch im Jahre 1928 etwa 10 Millionen M und im Jahre 1929 etwa 13 Millionen M für Unterstützungen ausgegeben, so waren es im ersten Halbjahr 1930 über 9 Millionen M. Der Bau-

gewerksbund hat im Jahre 1928 55,73 vH, im Jahre 1929 68,72 vH und im ersten Halbjahr 1930 154,31 vH seiner Einnahmen für Unterstützungswecke ausgegeben. Allein vom 1. Januar 1928 bis zum 30. Juni 1930 wurden an Erwerbslose über 27 1/2 Millionen M ausgezahlt.

Einstimmig wurde dem Vorstand Entlastung erteilt, ebenso einstimmig ihm und der Redaktion des „Grundstein“ das Vertrauen ausgesprochen. An der Satzung wurde wenig geändert. Nur die Invalidenunterstützung wurde aufgebessert, und zwar werden künftig gezahlt nach 800 Beiträgen monatlich 8 M, nach 1000 Beiträgen 10 M, nach 1250 Beiträgen 15 M und nach 1500 Beiträgen 20 M. Der Bundesvorstand wurde einstimmig wiedergewählt, desgleichen der Redakteur Artur Schmit.

### SCHRIFTENSCHAU

Die Wandlungen in der Weltwirtschaft mit besonderer Berücksichtigung der Metallindustrie. Ein Vortrag von Heinrich Schliestedt, Vorstandsmitglied des DMV, gehalten auf dem 19. ordentlichen Verbandstag in Berlin. Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148.

Sozialdemokratische Parteikorrespondenz. Ergänzungsband für die Jahre 1923 bis 1928. Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jugend-Volksbühne. Diese Zeitschrift ist vom Verband der Deutschen Volksbühnenvereine herausgegeben und verfolgt den Zweck, eine Verbindung der jungen Menschen mit der großen Volksbühnenbewegung herzustellen und die Arbeit in den Volksbühnengruppen zu fördern und zu unterstützen. Verlag Jugend-Volksbühne, Berlin NW 40, Platz der Republik 7.

Ihr seit gewarnt. Von Fr. A. van der Linde. Ein junger Holländer, der, in Deutschland geboren, in Holland seiner Militärpflicht genügt wurde durch lange Arbeitslosigkeit den Werberrn für die Fremdenlegion zugetrieben. In diesem Buch schildert er seine Erlebnisse besonders die Kämpfe mit den Riffkabylen, und erzählt von seiner Flucht, die ihm nach großen Schwierigkeiten gelungen ist. Das Buch ist eine Warnung an abenteuerliche junge Menschen. Preis 1 M. Verlag A. van der Linde, Dortmund, Mozartstraße 4.

Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 148

**10 Liter**

edelsten  
**Fruchtwein**  
für nur **Mk. 6,80**

für diese kleine Ausgabe ein köstlicher Labertrunk bei Familienfeiern, im Kreise guter Freunde und Gäste: das Billigste und Beste! nicht teurer als Bier.

Edel-Liköre und Weinbrand  
die Flasche 1 Liter Inhalt von M. 4,70 an  
Verlangen Sie unsere Preisliste.

**666**  
**Rolle**  
Reichmann 1/5a 41

Ca. 10000 Uhren verkaufe ich jährlich, denn die echt deutsche Herr.-Ankeruhr Nr. 52, stark vernickelt, ca. 30 St. Weckgenau regul. kostet nur M. 4,.-  
Nr. 55 echt vernickelt, Goldr. u. Schmalr. M. 6,50  
Nr. 56 kleine, mit besserem Werk M. 9,.-  
Nr. 58 m. Springmechanik ganz vergold. M. 12,80  
Nr. 25 echt Silber, Goldrand, 10 Stufen M. 18,.-  
Nr. 20 echt Silber, 10 Stufen M. 25,.-  
Panzeruhr, ver. - 50, silbervernickelt 1,50  
silbervergold. 2,.- Goldvergold. 3,.- M. 6,.-  
Nr. 33 Damenuhr, vernickelt, Silber M. 7,50  
Nr. 44 Uhr, klein für Frauen u. Kinder M. 12,.-  
erhalten 1,.- M. Nr. 89 Goldvergold. 10 Stufen M. 20,.-  
Nachts 8 und 1 Nr. 82 echt Gold, 515 gesch. M. 25,.-  
Kapsel gratis bei Bestell. einer Uhr zu M. 6,50 od. mehr.  
Uhren-Kloster, Berlin SW 29 (38) Zossener Str. 8

**So billig nie nirgends**

**Weihnachts-Katalog gratis!**

**Sigurd**  
Gesellschaft  
Hassel 439

**EMILSONST**

und portofrei versende an jedermann (nicht an Kinder) meinen großen Hauptkatalog über Weihnachtschmuck, Kinder-Spielwaren sowie tausende andere Artikel. **Schreiben Sie sofort** eine Postkarte an:  
**Emil Jansen**, Versandhaus „Volkslust“  
Solingen-Wald Nr. 79

**Kloster Indersdorfer Heil- und Wundsalbe** altbewährt u. empfohlen, als rasch heilendes und schmerzstillendes Mittel bei offenen Füßen, alten, schlecht heilenden Wunden, Krampfadergeschwüren, Hämorrhoiden. 1 Dose M. 1,25, 4 Dosen M. 4,50. Kloster-Apotheke Kloster Indersdorf 27 (Oberbay.)

**Christ**

10000 Dankschreib. 1 Pfd. gr. 50 u. 1,50  
eine Halb. 2,50, 3 weiß e 3,50, 3 80, 4,50  
Spez. S. - Daunen 8, -  
Oberbett 16, - u. 19,50  
Kissen 4,50 u. 6,50, 10  
erhalten 17, - u. 18,50  
Kloster u. Preisl. um-  
sonst 9 Pfd. fr. gege-  
ben. Nichtpassende  
Geld zurück.  
Josef Christ Nachf.  
Cham 440 (Bay.)

### Lästiger Schweißgeruch

der sich besonders in den Achselhöhlen beim Tanz und Sport für die Umgebung unangenehm bemerkbar macht, verjagt sofort durch **Leoform-Creme**. Diese Anti-Schweißcreme verhindert, ohne die Wäsche zu verändern und ohne den normalen Schweiß zu unterdrücken, übermäßiges Transpirieren und verbreitet einen herrlicherer Wohlgeruch. Tube 1 Mk. - 3u haben in allen Apotheken, Drogerien bzw. Chlorodont-Verkaufsstellen.

### Lest die „Energie“

**Ehe Sie Betten** kaufen, verlangen Sie Preisliste gratis, u. franko. Festige 1 1/2-schläfr. Betten, echt rot, lederdicht, ta Inlett, Oberbett mit 7 Pfd. 15,85, 19,70, 23,75. Unterbett m. 6 Pfd. 14,90, 18,20, 22,50. 1 Kissen m. 2 1/2 Pfd. 4,50, 5,90, 8,90. Voilet. Betten 35,-, 43,-, 53,-. Beilied. Pfd. 1,25, 1,90, 2,40. Halbdaun. Pfd. 3,-, 4,50, 5,50. Daunen Pfd. 8,50, 10,50, 12,50 u. 14,50. Um tausch oder Geld zurück. Versand - Bettenfabrik H. Möller, Rassel 47, Mönchebergstr. 47 1/2

### Neue Gänsefedern

wie von der Gans gerupft m. Daunen, doppelt gereinigt, Pfd. 3,- M., best. Qual. 1,50. Halbdaunen vereinig. 5,- 1/2 Daunen 6,75. Volldaunen 9,- 10,50. Gerissene Federn mit Daunen, gereinigt 4,- 5,25, 6,75, 10,75. Garantie für reelle, staubfreie Ware, ab 5 Pfd. portofrei Versand per Nachnahme.  
**Frau A. Wodrich, Gänsemast, Neutrebbin, Oederbruch**

### In herrlichster Märchenprach

erstrahlt ihr Weihnachtsbaum mit meinem **Glas-Christbaumschmuck**. Kart. à 12 Stück schon von 12 Pfennig an. Bevor Sie sich zu einem Kauf entschließen, vert. Sie erst! Jen allerorts mit größter Spannung erwarteten Prachtkatalog 1930 kostenlos vor **Theodor Möller-Hipper, Lauscha 15, Mühl**

**EISEN Betten** (Stahl in Holz Polier-, Stahl-, malm., Kinder-, Chaisel., an jeden Teilzahl. Katalog fr. ummnhaltel. Sub. 1,75)

**Kollegen! Lest die Betriebsräte-Zeitschrift**

**Josef Witt, Weiden (Oberpf.)**

Bestfestes und größtes Spezial-Versandhaus der Art Deutschlands mit eigenen Webwaren-Fabriken!

**31472 Spindeln in eigener Spinnerei**  
**1496 Webstühle in eigenen Webereien**  
**2000 Arbeiter und Angestellte**  
**400 Eisenbahn-Waggonladungen Webwaren**  
sind im letzten Jahre eingetroffen.

**900 000 Nachbestellungen**  
erhielt ich von meinen alten Kunden im letzten Jahre

Diese nachweisbaren Tatsachen sind der natürlichste Beweis meiner enormen Leistungsfähigkeit, sowie der außergewöhnlichen Billigkeit und Güte meiner Waren. Durch einmalige Bestellung sind Sie berechtigt, an meinen verschiedenen Unterpriestangeboten teilzunehmen. Wollen Sie die enormen Vorteile nicht nur anderen überlassen, wollen Sie selbst Nutzen und Ersparnisse, dann schreiben Sie mir heute noch, was Sie wünschen, von folgendem:

**Ausnahme-Angebot!**  
Gültig nur kurze Zeit

11 Baumwollgewebe, ungebleicht, feinfädig, leichte Sorte, für einfache Vorhänge usw., 70 cm br., p. Meter	0.11	23 Wischtücher, gute, beliebte Sorte, sehr strapazierbar, 45 mal 45 cm, per 1/2 Dutzend	0.94
12 Baumwollgewebe, ungebleicht, bessere, dichtere Sorte, 78 cm breit per Meter	0.24	24 Frotteehandtücher, aus gut. Kräftstoff, m. schönen, eingeweb. Mustern, Größe 45 mal 100 cm, p. Stück	0.88
13 Vorhangstoff, sog. Gardinen, aus leinen Garnen, echt indanthrenfarbig, schönen Streifenmuster, 70 cm br., p. Mtr	0.26	25 Schlafdecken, gut verwendbare Gebrauchsdecke, Größe 120 mal 170 cm, per Stück	1.45
14 Handtücher, schwere Strapazierqualität, 40 cm breit, ... per Meter	0.38	26 Schlafdecken, kamelhaarfarb., strapazierbar, milde, warme Sorte, mit schöner Bordüre, Gr. 130 mal 180 cm, per Stück	3.25
15 Baumwolltuch, ungebleicht, feinfädig, haltbare Sorte, 78 cm br., p. Mtr.	0.38		
16 Baumwolltuch, ungebleicht, starke, fast unverwundliche Spezial-Qualität, 78 cm breit, ..... per Meter	0.56		
17 Hemdenstuch, weiß gebleicht, gute, geschlossene, mittelstärkige, sehr solide Qualität, 78 cm breit, p. Meter	0.46		
18 Hemdenstuch, rein weiß gebleicht, mittelstärkig, dicht geschlossene, vorzügliche Qualität, für sehr gute Wäschestücke geeignet, 50 cm breit, per Meter	0.58		
19 Hemdenfasell, gute, sehr haltbare, besondere reißfeste Qualität, echt indanthrenfarbig gestraift, 72 cm br.	0.43		
20 Hemdenfasell, echt indanthrenfarbig gestraift, außerordentlich haltbare, fast unzerreißbare, kräftige Qualität, fast unverwundlich im Gebrauch, 77 cm breit, per Meter	0.68		
21 Ungebleichtes Baumwolltuch, kräftig, fast unverwundlich im Gebrauch für strapazierbare Bettücher geeignet, 160 cm breit, ..... per Meter	1.35		
22 Damenstreichfächer, weiß, Maccó-Ausrüstung, mit Hohltaum, feinfädig, gute, sehr beliebte Qualität, 30 mal 30 cm ..... per 1/2 Dutzend	0.64		
		27 Stuhltuch, auch Hausstuch genannt, weiß, sehr dicht, geschlossene starke Qualität für bessere, strapazierbare Bettücher usw. verwendbar, 150 cm breit p. m. Ausnahmepreis	1.45
		28 Weißes Maccotuch, einfädig, sehr dicht geschlossen, garantiert rein ägyptisch, für besonders feine Hemden und Wäschestücke, 80 cm breit o. m. Ausnahmepreis	0.67

**Vorübergehendes Sonder-Angebot!**

**Gelegenheitskauf nur vorübergehend!**

29 Weißes Hemdenstuch, vorzügl., sehr gute, dicht geschlossene Qualität, jedoch nicht vollkommen rein weiß. Durch Waschen erhält dasselbe beinahe die reine, weiße Farbe und ist deshalb nach der Wäsche für bessere, kräftige Wäschestücke zu verwenden, 70 cm breit, per Meter

Abgabe von diesem Artikel bis 10 Meter an einen Kunden.

**Bis auf weiteres noch 10% Rabatt auf diese Preise!**

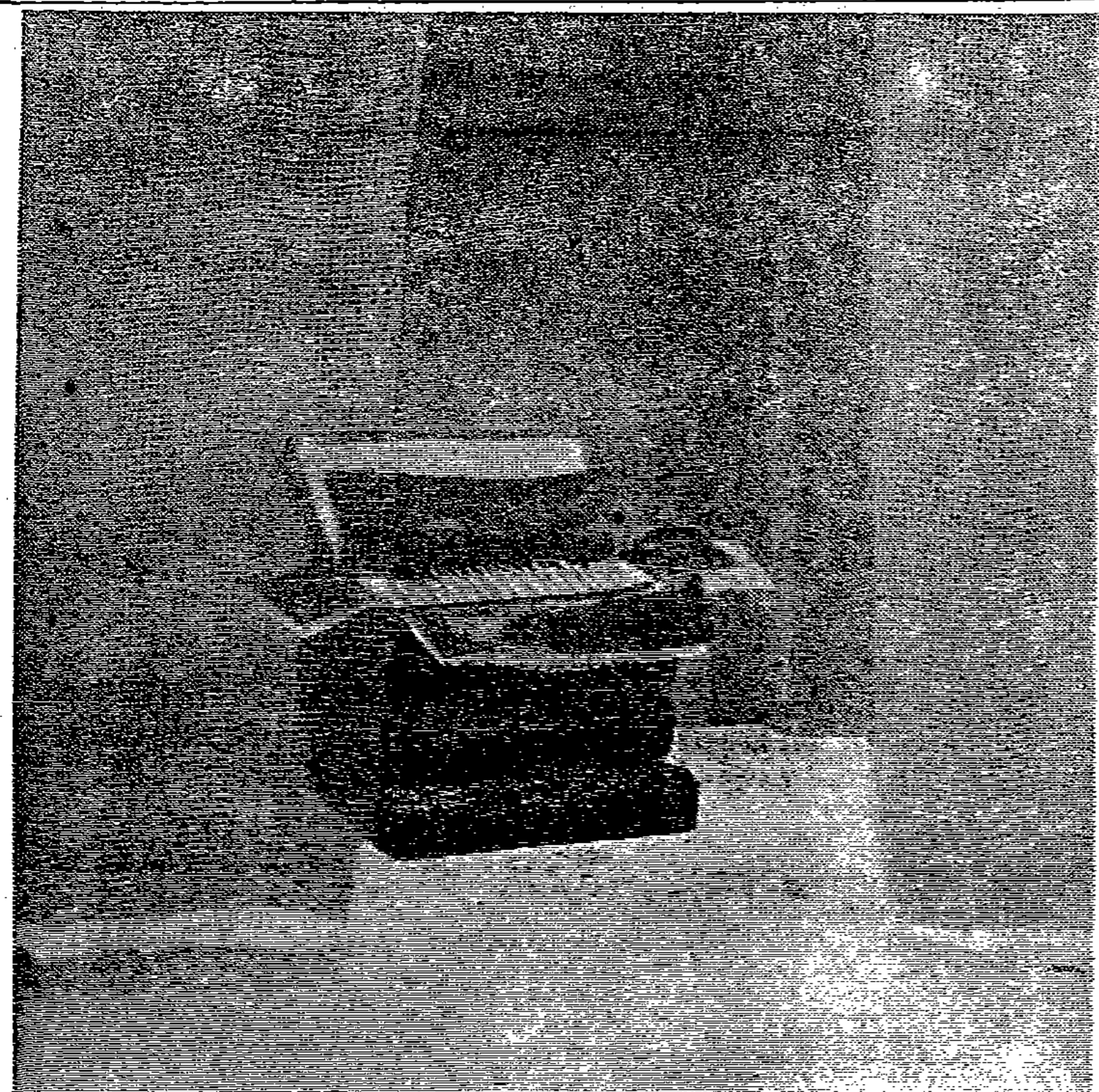
Anstelle des Rabattes wird auf Wunsch kostenlos beigelegt: 1 gute, haltbare Schlafdecke oder 7 m haltbare, zurückgesetzte Stoffe oder 1 gutgehende Wäsche oder Standuhr.

Abgabe von jedem Artikel bis 100 Meter bzw. bis 20 Dutzend an einen Kunden, ausgenommen Nr. 29. Versand erfolgt per Nachnahme von Mk. 10,- an, portofreie Lieferung von Mk. 20,- an.

Zurückzahlung jeder Ware mit minimalen Kosten. Zurückzahlung des vollen ausgelegten Betrages, wenn trotz der Billigkeit etwas nicht entsprechen sollte. Zurückzahlung des vollen Betrages auch dann, wenn Sie nicht die volle einwandfreie Überzeugung finden, das meine Waren unter Berücksichtigung der guten Qualitäten bedeutend billiger als andererseits sind.

**Josef Witt, Weiden 84 (Oberpf.)** Webwarenfabriken Webwaren-Verband

Elektromeister durch Fernunterricht  
Prospekt 8 frei. - Privatlehrgänge Dipl.-Ing. LESSER, Berlin-Wilmersdorf, Wilhelmstraße 5 d



**HAUS NEUERBURG-ZIGARETTEN**  
sind **STAUBFREI**

Ein ganzes System von Absauge-Vorrichtungen und Staub-Filtern hat dem edlen Macedonientabak, den wir für unsere Zigaretten verarbeiten, jeden Staub entzogen. Deshalb schmeckt unsere

**5 Pf. OVERSTOLZ 5 Pf.**  
niemals bitter.